

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1904

86 (26.3.1904) Viertes Blatt

Karlsruher Tagblatt.

Nr. 86. Viertes Blatt.

Samstag, den 26. März

1904.

Kontrollversammlungen.

Bei der Frühjahrskontrollversammlung 1904 haben zu erscheinen: sämtliche Mannschaften der Landwehr I. Aufgebots, Reservisten, Dispositionsurlauber, die Halbinvaliden, die nur Garnisondienstfähigen und die hinter die letzte Jahresklasse der Landwehr I und II zurückgestellten, der Jahrgänge 1891 bis 1903, alle noch nicht zum Landsturm I bezw. Landwehr II übergeführten Ersatzreservisten und die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften.

Die Mannschaften der Stadt Karlsruhe, ausschließlich Stadtteil Mühlburg (Stadtteil Mühlburg beginnt mit der Kaiser-Allee 73 einerseits und Kaiser-Allee 22 andererseits).

Die Kontrollversammlungen finden im Exerzierhaus des Leibgrenadier-Regiments Nr. 109 auf dem großen Exerzierplatz statt.

1. Am Mittwoch, den 6. April 1904, vormittags 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: die Mannschaften der Infanterie, Jäger, Schützen, Maschinengewehrtruppen und 1 Jahr gebiente Volksschullehrer der Jahresklassen 1901, 1902 und 1903.
 2. Am Mittwoch, den 6. April 1904, vormittags 10 $\frac{3}{4}$ Uhr: die Mannschaften der Infanterie, Jäger, Schützen, Maschinengewehrtruppen und 1 Jahr gebiente Volksschullehrer der Jahresklasse 1900.
 3. Am Mittwoch, den 6. April 1904, nachmittags 3 $\frac{1}{4}$ Uhr: die Ersatzreservisten der Jahresklassen 1901, 1902 und 1903.
 4. Am Mittwoch, den 6. April 1904, nachmittags 5 $\frac{1}{4}$ Uhr: die Ersatzreservisten der Jahresklasse 1900.
 5. Am Donnerstag, den 7. April 1904, vormittags 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: die Mannschaften der Infanterie, Jäger, Schützen, Maschinengewehrtruppen und 1 Jahr gebiente Volksschullehrer der Jahresklasse 1899.
 6. Am Donnerstag, den 7. April 1904, vormittags 10 $\frac{1}{4}$ Uhr: die Mannschaften der Infanterie, Jäger, Schützen, Maschinengewehrtruppen und 1 Jahr gebiente Volksschullehrer der Jahresklasse 1898.
 7. Am Donnerstag, den 7. April 1904, nachmittags 3 Uhr: die Ersatzreservisten sowie die Volksschullehrer, die als solche 10 Wochen gedient haben, der Jahresklasse 1899.
 8. Am Donnerstag, den 7. April 1904, nachmittags 5 $\frac{1}{4}$ Uhr: die Ersatzreservisten sowie die Volksschullehrer, die als solche 10 Wochen gedient haben, der Jahresklasse 1898.
 9. Am Freitag, den 8. April 1904, vormittags 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: die Mannschaften der Infanterie, Jäger, Schützen und Maschinengewehrtruppen der Jahresklasse 1897.
 10. Am Freitag, den 8. April 1904, vormittags 10 Uhr: die Mannschaften der Infanterie, Jäger, Schützen und Maschinengewehrtruppen der Jahresklasse 1896.
 11. Am Freitag, den 8. April 1904, nachmittags 2 Uhr: die Ersatzreservisten sowie die Volksschullehrer, die als solche 10 Wochen gedient haben, der Jahresklasse 1897.
 12. Am Freitag, den 8. April 1904, nachmittags 4 Uhr: die Ersatzreservisten sowie die Volksschullehrer, die als solche 10 Wochen gedient haben, der Jahresklasse 1896.
 13. Am Sonnabend, den 9. April 1904, vormittags 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: die Mannschaften der Infanterie, Jäger, Schützen und Maschinengewehrtruppen der Jahresklasse 1895.
 14. Am Sonnabend, den 9. April 1904, vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr: die Mannschaften der Infanterie, Jäger, Schützen und Maschinengewehrtruppen der Jahresklasse 1894.
 15. Am Sonnabend, den 9. April 1904, nachmittags 2 Uhr: die Ersatzreservisten, sowie die Volksschullehrer, die als solche 10 Wochen gedient haben, der Jahresklasse 1895.
 16. Am Sonnabend, den 9. April 1904, nachmittags 4 Uhr: die Ersatzreservisten, sowie die Volksschullehrer, die als solche 10 Wochen gedient haben, der Jahresklasse 1894.
 17. Am Montag, den 11. April 1904, vormittags 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: die Mannschaften der Infanterie, Jäger, Schützen und Maschinengewehrtruppen der Jahresklasse 1893.
 18. Am Montag, den 11. April 1904, vormittags 9 $\frac{3}{4}$ Uhr: die Mannschaften der Infanterie, Jäger, Schützen und Maschinengewehrtruppen der Jahresklasse 1892, sowie die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften aller Waffen.
 19. Am Montag, den 11. April 1904, nachmittags 2 Uhr: die Ersatzreservisten, sowie die Volksschullehrer, die als solche 10 Wochen gedient haben, der Jahresklasse 1893.
 20. Am Montag, den 11. April 1904, nachmittags 4 Uhr: die Ersatzreservisten, sowie die Volksschullehrer, die als solche 10 Wochen gedient haben, der Jahresklasse 1892.
 21. Am Dienstag, den 12. April 1904, vormittags 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: die Mannschaften der Infanterie, Jäger, Schützen und Maschinengewehrtruppen der Jahresklasse 1891.
 22. Am Dienstag, den 12. April 1904, vormittags 9 $\frac{1}{4}$ Uhr: die Mannschaften der Gemeinde Beiertheim.
 23. Am Dienstag, den 12. April 1904, nachmittags 2 Uhr: die Mannschaften der Gemeinde Bulach.
 24. Am Dienstag, den 12. April 1904, nachmittags 3 $\frac{3}{4}$ Uhr: die Ersatzreservisten, sowie die Volksschullehrer, die als solche 10 Wochen gedient haben, der Jahresklasse 1891.
- Spezialwaffen: dazu gehören: Kavallerie, Feld- und Fußartillerie, Pioniere, Verkehrstruppen (Eisenbahn-, Telegraphen- und Luftschifftruppen), Train, einschließlich Krankenträger, Sanitätspersonal, Veterinärpersonal, Ökonomie-Handwerker, Büchsenmachergehilfen, Arbeitsoldaten, Zahlmeisteraspiranten und sämtliche Mannschaften der Garde und Marine.
25. Am Mittwoch, den 13. April 1904, vormittags 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: die Mannschaften der Spezialwaffen der Jahresklassen 1901, 1902 und 1903.
 26. Am Mittwoch, den 13. April 1904, vormittags 10 Uhr: die Mannschaften der Spezialwaffen der Jahresklasse 1900.
 27. Am Mittwoch, den 13. April 1904, nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr: die Mannschaften der Gemeinde Rintheim.
 28. Am Mittwoch, den 13. April 1904, nachmittags 4 Uhr: die Mannschaften der Gemeinde Ruppurr.
 29. Am Donnerstag, den 14. April 1904, vormittags 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: die Mannschaften der Spezialwaffen der Jahresklasse 1899.
 30. Am Donnerstag, den 14. April 1904, vormittags 10 Uhr: die Mannschaften der Spezialwaffen der Jahresklasse 1898.
 31. Am Donnerstag, den 14. April 1904, nachmittags 2 Uhr: die Mannschaften der Spezialwaffen der Jahresklasse 1897.
 32. Am Donnerstag, den 14. April 1904, nachmittags 4 Uhr: die Mannschaften der Spezialwaffen der Jahresklasse 1896.
 33. Am Freitag, den 15. April 1904, vormittags 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: die Mannschaften der Spezialwaffen der Jahresklasse 1895.
 34. Am Freitag, den 15. April 1904, vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr: die Mannschaften der Spezialwaffen der Jahresklasse 1894.
 35. Am Freitag, den 15. April 1904, nachmittags 2 Uhr: die Mannschaften der Spezialwaffen der Jahresklasse 1893.
 36. Am Freitag, den 15. April 1904, nachmittags 4 Uhr: die Mannschaften der Spezialwaffen der Jahresklasse 1892.
 37. Am Sonnabend, den 16. April 1904, vormittags 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: die Offiziersaspiranten aller Waffen.
 38. Am Sonnabend, den 16. April 1904, vormittags 10 Uhr: die Mannschaften der Spezialwaffen der Jahresklasse 1891.

- 39. Am Sonnabend, den 16. April 1904, nachmittags 2 Uhr, in Mühlburg in der Turnhalle: die Ersatzreservisten der Gemeinde Daxlanden.
- 40. Am Sonnabend, den 16. April 1904, nachmittags 3 1/4 Uhr, in Mühlburg in der Turnhalle: die Mannschaften der Infanterie und Spezialwaffen der Gemeinde Daxlanden.
- 41. Am Montag den 18. April 1904, vormittags 7 1/2 Uhr, in Mühlburg in der Turnhalle: die Mannschaften der Gemeinde Welschneureuth.
- 42. Am Montag, den 18. April 1904, vormittags 8 1/2 Uhr, in Mühlburg in der Turnhalle: die Mannschaften der Gemeinde Grünewinkel.
- 43. Am Montag, den 18. April 1904, nachmittags 2 Uhr, in Mühlburg in der Turnhalle: die Mannschaften der Gemeinde Deutschneureuth.
- 44. Am Montag, den 18. April 1904, nachmittags 4 Uhr, in Mühlburg in der Turnhalle: die Ersatzreservisten des Stadteils Mühlburg.
- 45. Am Dienstag, den 19. April 1904, vormittags 7 1/2 Uhr, in Mühlburg in der Turnhalle: die Mannschaften der Infanterie des Stadtteils Mühlburg.
- 46. Am Dienstag, den 19. April 1904, vormittags 9 1/2 Uhr, in Mühlburg in der Turnhalle: die Mannschaften der Spezialwaffen des Stadtteils Mühlburg.
- 47. Am Dienstag, den 19. April 1904, nachmittags 2 Uhr, in Mühlburg in der Turnhalle: die Mannschaften der Ersatzreserve und Spezialwaffen der Gemeinde Knielingen.
- 48. Am Dienstag, den 19. April 1904, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Mühlburg in der Turnhalle: die Mannschaften der Infanterie der Gemeinde Knielingen.
- 49. Am Mittwoch, den 20. April 1904, vormittags 8 1/2 Uhr, in Friedrichsthal im Gasthaus zur Rose: die Mannschaften der Gemeinden Friedrichsthal und Stafforth.
- 50. Am Mittwoch, den 20. April 1904, vormittags 10 1/2 Uhr, in Friedrichsthal im Gasthaus zur Rose: die Mannschaften der Gemeinde Spöck.
- 51. Am Mittwoch, den 20. April 1904, nachmittags 2 3/4 Uhr, in Blankenloch im Rathaus: die Mannschaften der Gemeinden Büchig und Hagsfeld.
- 52. Am Mittwoch, den 20. April 1904, nachmittags 4 3/4 Uhr, in Blankenloch im Rathaus: die Mannschaften der Gemeinde Blankenloch.
- 53. Am Donnerstag, den 21. April 1904, vormittags 9 Uhr, in Graben im Rathaus: die Mannschaften der Gemeinde Graben.
- 54. Am Donnerstag, den 21. April 1904, vormittags 11 Uhr, in Graben im Rathaus: Die Mannschaften der Gemeinden Ruckheim und Lieboldsheim.
- 55. Am Freitag, den 22. April 1904, vormittags 8 Uhr, in Linkenheim im Rathaus: die Mannschaften der Gemeinde Linkenheim.
- 56. Am Freitag, den 22. April 1904, vormittags 9 1/2 Uhr, in Linkenheim im Rathaus: die Mannschaften der Gemeinden Leopoldshafen und Hochstetten.
- 57. Am Freitag, den 22. April 1904, vormittags 11 Uhr, in Linkenheim im Rathaus: die Mannschaften der Gemeinde Eggenstein.

Fehlen bei der Kontrollversammlung, Zuspätkommen, sowie Erscheinen zu einer anderen als für die Jahresklasse festgesetzten Kontrollversammlung wird mit Arrest bestraft. Schirme und Stöcke sind beim Betreten, Cigarren vor dem Betreten des Kontrollraumes abzulegen. Zuwiderhandlungen werden mit Arrest bestraft. Die Militärpapiere sind mit zur Stelle zu bringen.

Da bei sämtlichen Mannschaften Fuhrmessungen stattzufinden haben, können Befreiungen von den Kontrollversammlungen nur in den dringendsten Fällen stattfinden und haben die Mannschaften mit gereinigten Füßen und sauberen Strümpfen — nicht Fußlappen — zu erscheinen.

Karlsruhe, im März 1904.

Bezirks-Kommando.

Nr. 18909 III. Die Bürgermeisterämter des Amtsbezirks werden beauftragt, Vorstehendes in ihren Gemeinden in ortsüblicher Weise bekannt zu geben.

Karlsruhe, den 25. März 1904.

Groß. Bezirksamt.

Karlsruhe.

Wohnungen zu vermieten.

*3.1. **Sofienstraße 126** ist im 3. Stock eine schöne Wohnung von 4 Zimmern, Bad und reichlichem Zugehör auf 1. April oder später zu vermieten. Näheres 2. Stock rechts.

* **Winterstraße 25** ist eine schöne Parterrewohnung von 3 oder 4 Zimmern und Zugehör sofort oder später zu vermieten. Näheres im 2. Stock.

Herrschastliche Wohnungen.

* **Hirschstraße 113**, Ecke der Südenstraße, sind Wohnungen von 7 Zimmern mit reichlichem Zugehör und zwei Wohnungen von 3 Zimmern mit Zugehör sofort oder später zu vermieten. Näheres parterre.

Zimmer zu vermieten.

* Zwei gut möblierte Zimmer, Wohn- und Schlafzimmern, mit separatem Eingang, mit oder ohne Pension, event. auch einzeln abzugeben, sind sofort zu vermieten. Adlerstraße 28, 2. Stock.

* Ein einfach möbliertes Zimmer mit Pension ist sofort oder auf 1. April zu vermieten. Näheres Hirschstraße 34 im Laden.

* Zwei möblierte oder unmöblierte Zimmer (Wohn- und Schlafzimmern) im 2. Stock, nächst dem Schlossplatz und der Kaiserstraße, sind mit Klavierbenützung zu vermieten. Auf Wunsch kann nur 1 Zimmer (Schlafzimmer) möbliert werden. Zu erfragen Birkel 14, parterre rechts.

* Douglasstraße 13, parterre, ist ein nach dem Hofe gehendes möbliertes Zimmer mit oder ohne Pension an einen ruhigen Herrn zu vermieten.

Ein gut möbliertes Zimmer,

mit 2 Fenstern auf die Straße gehend, ist sogleich oder auf 1. April zu vermieten. Näheres Steinstraße 7, 3 Treppen.

Wohn- und Schlafzimmern,

schön möbliert, sind wegen Verletzung auf 15. April oder später zu vermieten. Näheres Hirschstraße 20 a im 3. Stock.

Douglasstraße 28 II

ist sofort oder auf 1. April ein möbliertes Zimmer an einen soliden Herrn zu vermieten.

Im Zentrum der Stadt

ist ein hübsch möbliertes Zimmer mit oder ohne Pension an einen besseren Herrn sofort zu vermieten. Näheres Restaurant Schützenliedl, Kreuzstr. 10. Ebenfalls selbst ist ein hübsches Zimmer mit 2 Betten zu vermieten. *2.1.

Zimmer zu vermieten.

2.1. Ein größeres, gut möbliertes Zimmer sowie ein Mansardenzimmer sind mit Pension an 2 Fräulein auf 1. April zu vermieten. Näheres Kaiserstraße 151, 3. Stock.

Schlafstelle zu vermieten.

* An einen soliden Arbeiter ist eine freundliche Schlafstelle sofort zu vermieten. Näheres Hirschstraße 34.

Schlafstelle.

* Amalienstraße 20 ist im 3. Stock des Vorderhauses sofort oder später eine möblierte Mansarde an anständigen Arbeiter zu vermieten. Näheres daselbst im 2. Stock.

Zimmer-Gesuch.

Möbliertes Zimmer in nächster Nähe der Hauptpost von jungem Kaufmann gesucht. Ausführliche Offerten an **C. Hagendorf, Stuttgart, Moserstraße 5, 2. Stock.**

* Eine ältere, anständige Kleidermacherin sucht ein Parterrezimmer, separat, Vorderhaus, in Geschäftslage, auf 1. April zu mieten. Offerten unter Nr. 2708 an das Kontor des Tagblattes erbeten.

Kapital-Gesuch.

* 1800 Mark werden auf sofort gegen gute Sicherheit aufzunehmen gesucht. Gesf. Offerten unter Nr. 2709 an das Kontor des Tagblattes erbeten.

Dienst-Antrag.

* Zur Anbahnung vom 1. bis 5. April wird ein besseres Mädchen oder eine Frau gesucht. Zu erfragen von 8-10 und 2-4 Uhr: Kreuzstraße 3 im 3. Stock.

W 2 Buffetfräulein für I. Restaurants gesucht. **J. Wolfarth's Bureau,** Adlerstraße 38. *2.1.

Auf 1. April

wird zu kinderloser Familie ein fleißiges, kräftiges Mädchen, welches schon in besseren Häusern gedient hat, gesucht. Sich zu melden: Gartenstraße 54, parterre. *3.1.

Mädchen-Gesuch.

Ein braves, fleißiges Mädchen, das kochen kann und Hausarbeiten mit verrichtet, für sogleich oder 1. April gesucht: Douglasstraße 18, 2. Stock rechts.

Monatsfrau gesucht.

* Auf 1. April wird eine pünktliche, reinliche Monatsfrau gesucht. Näheres Klauvrechtsstraße 29, parterre. Ebenfalls selbst ist ein noch gut erhaltener Kinderwagen zu verkaufen.

Buchbinder

gesucht bei **Glifann & Baer,** Lachnerstraße 7/9. 2.1.

Für mein Spezialgeschäft in Teppichen und Möbelstoffen en gros & détail suche ich auf Ostern einen

Lehrling

mit guten Schulkenntnissen gegen sofortige Vergütung.

Alfred Blum, Kreuzstraße 3.

Wir suchen für unser Engros-Geschäft einen

Lehrling

mit guter Schulbildung. **Heené & Cayenz,** Roosstraße 23. [2]

W. Zapfburische
auf einige Tage in der Woche (abends) und Sonntags sofort gesucht. Näheres J. Wolfarth's Bureau, Adlerstraße 38.

Vorhänge! Vorhänge!
* Drei bis vier Meter lange **Tüll- sowie Spachtel-Vorhänge**, gewaschen, gestärkt und gespannt, 1 M. 20 % das Paar, werden dieselben bloß gestärkt und gespannt, 70 % das Paar. In **crème oder weiß bei unübertroffener Ausführung.**
Gardinen-Spangengeschäft von Durst, Turmstraße 7d, eine Treppe hoch (Café Bauer).

* Ein komplettes **Bett**, ein **Schreibtisch**, ein vieredriger **Tisch**, eine **Kommode**, **Rohr- und Polsterstühle**, eine **Waschkommode**, ein **Herd** mit **Rohr** billig zu verkaufen: Ludwig-Wilhelmstr. 2, 2. Stock.

Milchgeschäft,
täglich 150 Ltr. à 20 Pfg. sofort zu verkaufen. Angebote nimmt unter **J. 1068 Haasenstein & Vogler, A.-G.,** Kaiserstraße 160 I entgegen. 3.1.

Zu verkaufen.
Ein noch gut erhaltener gebrauchter **Herd** ist sofort zu verkaufen: Uhlandstraße 1, 4. Stock 1985.

2.1. Eine **franz. Bettstelle** mit **Rost**, **Polster** und **Matratze**, 1 **Federdeckbett** mit 2 **Kissen** sind um den billigen Preis von **M. 75** zu verkaufen. Ebenso sind 2 sehr schöne **Fauteuils** per Stück **M. 14** und 4 Stück **massive Rußbaumstühle** à **M. 2,50** zu verkaufen: Amalienstraße 75, Hinterhaus.

Billig zu verkaufen:
1 **Waschkommode** mit **Marmor**, 1 **Bücher-schaf**. Näheres **Lachnerstraße 6, 4. Stock.** *

Kinderfahrräder,
gebrauchter, sehr billig zu verkaufen: Winterstraße 18, 3. Stock. *

Kochherde
verschied. Größen, gut im Brand, unter langjähriger Garantie zu verkaufen. Ausmauern u. Reparieren alter **Herde** prompt und billig: **Humboldtstraße 19, parterre.** *3.1.

1/6 Theaterplatz,
Abonnement B, Sperrsitze, 2. Abteilung, ist für das vierte Quartal zu vergeben. Näheres **Rüppurrerstraße 58 im 2. Stock.** *2.1.

Die
Huttenkreuz-Brauerei
versendet
ihr anerkannt vorzügliches
Flaschen-Bier,
Münchener und Pilsener Façon,
in **Brauerei-Abfüllung**
durch die bestehenden Filialen und, wenn
nicht zu haben, direkt
billigst
bei reellster und pünktlichster Bedienung.
Wiederverkäufer werden gesucht.

Millionen 28 1/2 Mark,
3 1/2 % **Bad. Staatsanlehen,**
liegen zum Kurse von 100 Mark zur Subskription
auf, unfindbar bis **1912.**
Anmeldungen bis 29. März erbeten vom **Bank-**
geschäft
Carl Götz,
Karlsruhe i. B.

In unserm Kontor lagern noch Offerten unter folgenden Nummern:
2309, 2315, 2323, 2324, 2326, 2328, 2332, 2344, 2348, 2359, 2380, 2400, 2401, 2403, 2408, 2410, 2416, 2421, 2424, 2428, 2434, 2437, 2439, 2457, 2473, 2481, 2485, 2488, 2496, 2499, 2504, 2509, 2515, 2516, 2517, 2521, 2523, 2524, 2531, 2533, 2536, 2541, 2544, 2545, 2547.

Wir ersuchen, dieselben gegen Vorzeigen der Offertenkarten gefälligst abholen zu lassen.

Karlsruher Tagblatt.
Standesbuch-Auszüge.

- Heiratsgebote:**
25. März. Josef Schultzeiß von Steinbach, Schmied hier, mit Rosina Maß von Bietigheim.
25. " Julius Klein von hier, Kaufmann hier, mit Maria Rathgeb von Pforzheim.
25. " Anton Abendschön von Freiolsheim, Schreiner hier, mit Elisabetha Wagner von Eppingen.
25. " Friedolin Dechler von Kirrlach, Schlosser hier, mit Luise Dechler von Kirrlach.
25. " Julius Müller von hier, Zementeur hier, mit Maria Käber von Freiolsheim.
25. " Paul Glässer von Großweira, Kaufmann hier, mit Frieda Göhring von hier.
25. " Karl Schilling von Lahr, Schreiner hier, mit Magdalena Lelling von Wachenheim.

- Geburten:**
22. März. Gg. Max, Vater Gg. Duval, Monteur.
22. " Josef Moys, Vater Moys Stumpf, Münz- arbeiter.
22. " Hch. Josef, Vater Leopold Stech, Bahn- arbeiter.
22. " Gustav Hermann, Vater Karl Banschbach, Postbote.
22. " Eleonore Lina Theresia, Vater Karl Kurz, Kaufmann.
23. " Otto Alfred, Vater Gg. Kessel, Eisen- bahnschaffner.
23. " Gustav Friedrich Franz, Vater Karl Rode, Waffenmeister.
24. " Anna, Vater Berthold Hoffstetter, Bahn- arbeiter.

- Todesfälle:**
24. März. Auguste Helmle, Privatier, ledig, alt 70 Jahre.
24. " Eva Holz, alt 56 Jahre, Witwe des Bäckers Hch. Holz.
25. " Karl, alt 4 Monate 15 Tage, Vater Jakob Zeeb, Tagelöhner.
25. " Johann, alt 8 Monate, Vater Anton Schmidt, Stadttagelöhner.

Beerdigungszeit
und Trauerhaus erwachsener Verstorbener.
Samstag, den 26. März 1904:
1/2 11 Uhr, **Lorenz Zellhauser**, Maler (Hofstraße 3).
11 Uhr, **Eva Holz**, Witwe des Bäckers (Klauprechtstraße 20).

Bürgerausschuß-Versammlung
vom 22. März.
Anwesend 86 Mitglieder.

1. Gegenstand: **Gemeindevoranschlag für 1904.** (Fortsetzung.)
Rebner geht alsdann, da die Frage angeschnitten ist, auf die Errichtung einer Straßenbahn nach der Südstadt ein und betont, daß die Einwohner der Südstadt als zweitgrößtem Stadtteil ein Anrecht auf Errichtung der Straßenbahn daselbst zu haben glauben, daß sie das Umsteigen mit in den Kauf nehmen, daß die Bahn in der Südstadt durch die anderweite Regelung der Müllabfuhr ohnehin gebaut werden müsse und daß nach seinen eingezogenen Erkundigungen ein Durchschneiden der Schienen beim Ettlinger Uebergang zwecks Hinüberführung der Müllzüge für zulässig erklärt werde dürfte. Rebner bittet, die Frage nicht auf die lange Bank zu schieben. Ueber die Rheinregulierung gibt Rebner seinen Standpunkt bekannt und betont die Schwierigkeiten, die die reichsländischen Behörden dem badischen Staat machen. Neuerdings werde — wohl in agitatorischer Absicht — die Möglichkeit der Errichtung eines Kanals von Lauterburg nach Stralsburg ins Auge gefaßt. Das Zustandekommen der Rheinregulierung sei noch für lange Zeit in Frage gestellt. Bezüglich der Lokalbahn Spöck-Durmersheim glaubt Rebner, daß sie ihre Konzessionsvorschriften nicht erfülle. Ferner empfiehlt er das Vorgehen des Magistrats Bayreuth, der eine Luftfahrtssteuer auf Festzüge, Christbaumverlosungen, Theateraufführungen, Hoch-

zeitsfeste in Gasthäusern u. a. eingeführt habe; zur Nachahmung.

Oberbürgermeister Schneckler entgegnet, die Stadtverwaltung könne von sich aus keine neuen Steuern einführen; hierzu sei nur der Staat berechtigt. Eine Luxussteuer werde seines Erachtens übrigens kein bedeutendes Erträgnis abwerfen. Dem Wunsch der Südstadt nach einer Straßenbahnlinie hält Rebner für sehr begründlich; der Stadtrat werde ihn auch — wenn möglich — erfüllen; zunächst müsse aber ein genauer Plan und Kostenvoranschlag, sowie eine Rentabilitätsberechnung für eine solche Linie ausgearbeitet, auch die durch die Bahnhofsverlegung bedingte Ausgestaltung des Ortsbauplans abgewartet werden, ehe über das Projekt Beschluß gefaßt werden könne; andererseits setze man sich der Gefahr aus, die Bahn nach kurzer Zeit wieder beseitigen bezw. verlegen zu müssen. Ueberdies könne auch der neue Direktor der Stadt. Straßenbahn, der sein Amt erst vor Kurzem angetreten habe und sich in den umfangreichen Dienst noch einarbeiten müsse, wohl einige Schonzeit beanspruchen.

Eine Umlagerhöhung um 11 % habe er — Rebner — nicht prophezeit; er habe vielmehr ausweislich des bei den Akten befindlichen letztjährigen Sitzungsberichts nur erklärt, daß gewisse Unternehmungen die Stadt in Zukunft so hoch belasten würden, daß hierdurch an sich diese Umlagerhöhung eintreten könne; er habe aber zugleich auch die Hoffnung ausgesprochen, daß sich die übrigen Verhältnisse so günstig entwickeln würden, daß eine weitere Belastung der Steuerzahler vermieden werden könne.

Der Anlage von Kinderspielflächen stehe der Stadtrat wohlwollend gegenüber; auch in der Oststadt werde wohl, sobald die Stadt über ein geeignetes Gelände verfüge, ein solcher eingerichtet werden. Denn auf dem Lutherplatz bereits vorhandenen, könne man eventl. mit einigen Spielgeräten versehen.

Die Art der Verwendung des bisher für die Dragonerkaserne benützten Platzes werde der Stadtrat selbstverständlich im Auge behalten; seines Erachtens sei es die Pflicht der Stadtverwaltung nach Kräften dahin zu wirken, daß dieser Platz in gemeinnütziger Weise verwendet werde.

Der Entwicklung der Rheinregulierungsfrage könne die Stadtverwaltung von ihrem Standpunkt aus ruhig zusehen. Die Meinung, daß das Regulierungsprojekt unserm Lande zum Nachteil gereichen werde, teilt Rebner nicht. Die Groß. Generaldirektion der Staatseisenbahnen habe freilich im eisenbahnfiskalischen Interesse früher den Standpunkt vertreten, daß die Schifffahrt oberhalb Mannheims nicht gefördert werden dürfe. Es sei ein Verdienst des Herrn Staatsminister v. Brauer, daß die Groß. Regierung diesen Standpunkt aufgegeben und die volkswirtschaftliche Bedeutung der Schifffahrt auf dem Oberrhein anerkannt habe. Vom rein lokalen Standpunkt aus wäre es wünschenswerter, wenn Karlsruhe der Endpunkt der regelmäßigen Schifffahrt auf dem Rhein bliebe. Die Stadt dürfe aber ihre Lokalinteressen allgemeinen Landesinteressen nicht voranstellen und müsse daher der Verbesserung der Schifffahrtstraße nach den weiter rheinaufwärts liegenden Plätzen wohlwollend gegenüberstehen.

Der Wunsch, daß die Schifffahrt bis nach Karlsruhe, insbesondere durch Daggerrungen, ständig offen gehalten werde, sei den Herren Abgeordneten der Stadt bereits übermittelt.

Wenn er — Rebner — die Ueberzeugung hätte, daß die Verbrauchssteuern wirklich die Lebensmittel verteuerten, so wäre er der Erste, der für ihre Aufhebung eintreten würde. Nach den anderwärts gemachten Erfahrungen komme aber die Aufhebung den Konsumenten tatsächlich nicht zu gut. Aus diesem Grunde habe sogar der überwiegend sozialdemokratische Gemeinderat von Mühlhausen von der Aufhebung der Verbrauchssteuern Umgang genommen.

In der sogen. einfachen Volksschule, die in Wirklichkeit aber gleichfalls eine erweiterte sei, werde schon jetzt kein Schulgeld erhoben; auch in der erweiterten Volksschule finde Befreiung vom Schulgeld statt, wenn mehrere Kinder aus derselben Familie die Schule besuchten. Das Schulgeld sei gering; und nur eine durchaus billige Beisteuer der Eltern für den Unterricht ihrer Kinder. Werde das Schulgeld an der erweiterten Schule aufgehoben, so müsse konsequenterweise das gleiche auch hinsichtlich der Vorschule, der Bürger- und Lärtschule und der Mittelschule geschehen, die auch von den Kindern armer Leute besucht würden.

Die Lohn- und Dienstverhältnisse der städt. Arbeiterschaft seien in keiner Stadt Deutschlands besser, in nur wenigen gleich günstig geregelt wie hier. Die Privatbetriebe seien durchweg nicht in der Lage ihren Arbeitern all das zu gewähren, was die städt. Arbeiterschaft genieße. Die Arbeiter im Gaswerk möchten nun freilich ihre Arbeitszeit verkürzt haben, andererseits aber auch die ihnen bisher gewährte Sondervergütung für die größere Arbeitsbelastung weiter beziehen. Der Gegenstand sei übrigens in der sozialen Kommission eingehend beraten worden; der

Stadtv. Willi sei aber dabei bebauerlicherweise, obwohl er Mitglied jener Kommission sei, nicht zugegen gewesen.

Was die Verkehrsberleichterung auf der Straßenbahn anlangt, so sei auch der Stadtrat bestrebt, bei möglichst niedrigen Fahrpreisen eine möglichst große Frequenz zu erzielen. Auch hier gebe es aber eine gewisse Grenze, unter die nicht hinuntergegangen werden dürfe, wolle man nicht jede Rentabilität ausschließen. Diese Grenze herauszufinden, sei Sache der Erfahrung. München habe z. B. mit seinem Einheitstarif schlechte Resultate erzielt. Herabsetzen könne man die Fahrpreise jederzeit; ein Dinaufschrauben sei aber nahezu unmöglich. Vorsicht sei also geboten.

Wenn man die beabsichtigte Einführung einer kommunalen Verkehrssteuer als eine Entschädigung der Städte für die geplante Wegnahme der Grundbuchgebühren ansehe, so halte er diese Auffassung nicht für zutreffend. Die Grundbuchgebühren müsse die städtische Bevölkerung dann nach wie vor bezahlen (an den Staat), die Verkehrssteuer müsse sie aber auch bezahlen. Die letztere sei also eine neu hinzukommende Belastung der städt. Bevölkerung.

Dem Herrn Stadtv. Müller erwidert der Redner, daß der Großherzog anlässlich des 50 jährigen Regierungsjubiläums dem Bürgerausschuß bekanntlich die Entschließung verkündet habe, auf dem Marktplatz ein Denkmal des Gründers der Stadt zu errichten. Herr Prof. Dietzche habe dann den Auftrag bekommen, einen Entwurf auszuarbeiten, den Redner gesehen habe. Er könne nur sagen, daß nach seiner Ansicht der geistreiche Entwurf ein sehr schönes Kunstwerk verheißt, dessen Ausführung der Stadt in hohem Maße zur Ehre gereichen werde. Was nun höchsten Ortes weiter beschlossen werde, sei dem Redner unbekannt, wie es denn auch der Stadtverwaltung nicht aufstehe, in dieser Sache irgend welchen Einfluß ausüben zu wollen.

Nachdem Stadtv. Merkle noch darauf hingewiesen hat, daß von der Rheinregulierung Straßburg den Hauptvorteil haben würde, wird die allgemeine Debatte über den Voranschlag geschlossen.

Es wird darnach in die Beratung der Einzelvoranschläge eingetreten.

1. Volksschulen-Kasse. Nach kurzen Bemerkungen des Stadtv. B. Goldschmit, der den Voranschlag zur Annahme empfiehlt, verliest Bürgermeist. Siegrist vier aus der Mitte der Versammlung gestellte Anträge.

Der erste Antrag bezweckt eine Erweiterung der Schulgeldbefreiung von Familien, die mehrere Kinder in städtische Schulen schicken und wird von Stadtv. Bergmann begründet.

Bürgermeister Siegrist weist auf die technischen Schwierigkeiten einer Neuregelung hin, stellt aber eine wohlwollende Prüfung des Antrags in Aussicht.

Der zweite Antrag verlangt die Aufhebung des Schulgelbes an der erweiterten Volksschule.

Oberbürgermeister Schnebler weist darauf hin, daß eine Abstimmung über diesen Antrag nicht zulässig sei. Zunächst müsse sich der Stadtrat darüber schlüssig machen, der dann den Antragstellern einen Bescheid zugehen lassen werde. Wenn ihnen dieser nicht genüge, so stehe es ihnen frei, die Anhörung des Bürgerausschusses zu verlangen, welchem Verlangen der Stadtrat nachkommen müsse, wenn es von 25 Bürgerausschußmitgliedern gestellt werde.

Stadtv. Willi begründet nunmehr den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß man nicht schon den Volksschulkindern die sozialen Unterschiede fühlbar machen dürfe.

Bürgermeister Siegrist entgegnet, daß diese Unterschiede auch durch Abschaffung des Schulgelbes nicht beseitigt würden; weit zweckmäßiger sei es, den Unterricht an der einfachen Volksschule so auszubauen, daß dieselbe (wie dies ja hier der Fall sei) der erweiterten Volksschule nahezu gleich stehe. Ueberdies seien auch jetzt schon an der Volksschule eine Reihe von Einrichtungen getroffen, die den Kindern unentgeltlich zur Verfügung ständen: Schulbäder, Schwimmunterricht, Handfertigkeits- und Instrumentalunterricht, Haushaltungsunterricht, Spielfläche u. Stadtparkbesuch.

Stadtv. Leonhard Müller spricht sich für die Aufhebung des Schulgelbes an der erweiterten Volksschule aus; die „Antivolksschulgelb-Bewegung“ habe namentlich draußen auf dem Lande große Fortschritte gemacht. Der Herr Minister des Innern stehe ebenfalls auf diesem Standpunkt. Auch der Herr Oberbürgermeister werde vielleicht anderen Erwägungen zugänglich werden, wenn etwa infolge der nächsten Neuwahlen eine andersartige Zusammenfassung des Bürgerausschusses eintreten sollte.

Oberbürgermeister Schnebler verwahrt sich dagegen, daß er seine Ueberzeugung ändern werde, falls einmal eine andere Mehrheit hier vorhanden sein sollte. Es sei nicht seine Art, der Mehrheit nachzulaufen und aus Popularität mache er sich gar nichts. Einer andern Mehrheit gegenüber werde er erst recht an seiner Ueberzeugung festhalten.

Stadtv. Müller erklärt, daß seine Bemerkung durchaus nicht den ihr unterlegten Sinn habe, es sei ihm nichts ferner gelegen, als die Ueberzeugungstreue des Oberbürgermeisters anzuweisen zu wollen.

Stadtv. B. Goldschmit ist mit dem Oberbürgermeister der Meinung, daß es bei der Schulgeldfreiheit derjenigen Schule, deren Besuch obligatorisch sei, sein Bewenden haben solle. Gehe man darüber hinaus, so müßte auch an den Mittelschulen und Universitäten konsequenter Weise das Schulgeld abgeschafft werden. Dann müsse man folgerichtig den Eltern auch die übrigen Lasten der Erziehung ihrer Kinder, die Beschaffung der Kleider usw. abnehmen. Das sei freilich das Ideal der Sozialdemokratie, das aber wohl erst im Zukunftsstaat verwirklicht werden würde. Die Stadt leiste jetzt schon mehr als der Staat verlange. Die Rücksicht auf die kommenden Wahlen dürfe für den derzeitigen Bürgerausschuß nicht ausschlaggebend sein.

Stadtv. Edelmann ist der Ansicht, daß der Staat, da er die Kinder zwingt, Soldat zu werden, auch für ihre unentgeltliche Ausbildung sorgen müsse.

Oberbürgermeister Schnebler entgegnet, das treffe doch nur für die Knabenschule zu, da die Ausdehnung der Wehrpflicht auf die Mädchen — wenigstens zur Zeit — nicht in Frage stehe.

Stadtv. Willi meint, eine Arbeiterfamilie hätte mit ihren Kindern noch Sorgen und Lasten genug, auch wenn das Schulgeld aufgehoben werde.

Stadtrat Dr. Weill führt aus, daß in die vorliegende Frage leider immer politische Momente hineinspielen, obwohl doch alle Parteien ein Interesse daran haben müßten, daß die elementare Bildung, die der Jugend gewährt werde und die sie für den Kampf ums Dasein ausrüsten solle, möglichst gut sei. Wenn auch das Schulgeld an der erweiterten Volksschule aufgehoben werde, so brauche deswegen das Schulgeld an den Mittel- und Hochschulen noch lange nicht in Wegfall zu kommen. Zum Besuch dieser Anstalten zwingt der Staat niemanden. Bei den Fortschritten auf dem Gebiet des Volksschulwesens, die ja dankbar anerkannt werden müßten, möge man es also nicht bewenden lassen, sondern auch das Schulgeld an der erweiterten Volksschule aufheben.

Stadtv. B. Goldschmit weist demgegenüber darauf hin, daß der Staat auch nicht zum Besuch der erweiterten, sondern nur der einfachen Volksschule zwingt; diese sei aber bereits unentgeltlich und gewähre schon eine über die gesetzlichen Erfordernisse hinausgehende Ausbildung.

Bürgermeister Siegrist schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und betont nochmals, daß er für seine Person den weiteren Ausbau der einfachen Volksschule nach Kräften fördern werde.

Zur Begründung des dritten Antrages „Beibehaltung der Vergütung des Religionsunterrichts in den Volksschulen an die Geistlichen“ führt

Stadtv. Bergmann aus, man möge sich in dieser Frage nicht auf den reinen Rechtsstandpunkt stellen. Der Betrag, der bisher an die Geistlichen für den Religionsunterricht an den Volksschulen gezahlt worden sei, sei nur gering, und man könne ihn auch künftig hin fortbezahlen, selbst wenn eine gesetzliche Verpflichtung hierzu nicht bestehe.

Bürgermeister Siegrist legt die Gründe dar, aus welchen man die Einstellung dieser Vergütung mit Wirkung vom nächsten Jahre an beschließen habe. Nach dem Klein-Unterrichtsgesetz sei es Sache der Kirchen, für den Religionsunterricht durch Geistliche in der Volksschule zu sorgen. Nur bei der Töchter- und Bürgerschule sei es bisher Übung gewesen, den Geistlichen für den Religionsunterricht an diesen Schulen eine Vergütung aus städtischen Mitteln zu gewähren, und zwar seit Einrichtung der heutigen Schulorganisationen. Als damals die Töchter- und Bürgerschulen neu errichtet worden seien, habe man es für billig gehalten, den Geistlichen für ihre Tätigkeit an diesen Schulen eine Vergütung zu gewähren. Es habe sich nur um wenige Stunden gehandelt und der Betrag belastete die Stadt nur unerheblich. Seither aber ist die Töchterchule auf eine Schülerzahl gegen 1000, die Bürgerschule ebenfalls auf eine beträchtliche Höhe angewachsen. Infolgedessen mußte auch die Vergütung für den Religionsunterricht ganz erheblich zunehmen. Dabei stellen sich die beiden Konfessionen ungleich zu einander, da der katholische Religionsunterricht durch Geistliche in früheren Schuljahren beginnt als der evangelische, also ein größerer Aufwand für die katholischen Geistlichen erforderlich ist wie für die evangelischen, obwohl die katholischen Schulkinder in hiesiger Stadt in der Minderzahl sind. Die Fortbauer dieses ungleichen Zustandes müsse vermieden werden und werde vermieden, wenn man den Grundsatz einhalte, daß die Kirchen für kirchliche Bedürfnisse selbst zu sorgen haben. Natürlich solle die Uenderung nicht von heute auf morgen eintreten; deshalb sei beantragt,

die Vergütung erst mit Wirkung vom 1. Januar 1909 einzustellen.

Stadtv. Bergmann weist darauf hin, daß eine Erparnis mit diesem Antrag doch nicht erzielt werde, da ja für den Religionsunterricht ohnehin gesorgt werden müsse.

Oberbürgermeister Schnebler: Als man die Vergütung an die Geistlichen für den Religionsunterricht einführt, gab es noch keine Kirchensteuer. Seither haben sich die Verhältnisse geändert. Die Kirchen haben jetzt das Besteuerungsrecht und können die Geistlichen für die Gewährung des Religionsunterrichts aus kirchlichen Mitteln bezahlen. Für die Stadt sei es jetzt ganz klar, daß man aus Gemeindemitteln die Kosten kirchlicher Bedürfnisse nicht mehr bestreiten könne.

Stadtv. Gutting meint, es dürften die Kirchensteuern nicht für Unterrichtswecke verwendet werden.

Stadtv. Jemann: Der Religionsunterricht sei ein obligatorischer Unterrichtsgegenstand. Die Einstellung der Vergütung an die Geistlichen für Gewährung dieses Unterrichts werde in der ganzen Stadt als eine gehässige Maßregel aufgefaßt.

Oberbürgermeister Schnebler hat keine Bedenken dagegen, daß aus Kirchensteuermitteln solche Ausgaben gemacht werden können. Der Religionsunterricht sei nur cum grano salis obligatorisch. Wir haben Religionsfreiheit, kein Mensch kann gezwungen werden, seine Kinder in einer bestimmten Religion erziehen zu lassen. Von einer Gehässigkeit könne in keiner Weise die Rede sein. Die Geistlichen haben auch nach Meinung des Redners wohlbegründeten Anspruch darauf, angemessen honoriert zu werden, aber von Seiten der Kirche, nicht der Gemeinde. Man verfolge mit dem vorwüflichen Antrag lediglich das Bestreben, einen korrekten Zustand herbeizuführen.

Zu dem 4. Antrag „Anstellung von Schulärzten betreffend“ bemerkt Stadtv. Dr. Claus, es handle sich hier um reale Forderungen, die allseits als berechtigt anerkannt würden. Viele Städte seien mit der Anstellung von Schulärzten bahnbrechend vorgegangen. Er empfehle deshalb den vorliegenden Antrag zur geneigten Berücksichtigung.

Bürgermeister Siegrist führt aus: Der Stadtrat beschäftige sich schon längere Zeit mit dieser Frage. Schon jetzt nehme ein Stadtrat an den Beratungen der städt. Schulkommission teil. Die Forderungen, die man hinsichtlich der Anstellung von Schulärzten erhebe, seien heute viel weitgehender wie früher. Man verlange, daß der Schularzt jedes Schulkind beim Eintritt in die Schule untersuche und dann fortgesetzt überwache. Man habe die Entwicklung dieser Frage mit Aufmerksamkeit verfolgt, sei sich aber noch keineswegs klar geworden, wie der Erfolg sein werde. Es seien noch keine greifbaren Resultate vorhanden, trotz der verschiedenartigen Versuche, die in anderen Städten gemacht worden seien. Wer solle die ärztliche Behandlung der Schulkinder übernehmen? Es sei völlig ausgeschlossen, daß alle Schulkinder auf Staats- oder Gemeindefkosten ärztlich behandelt würden. Andererseits aber höre man, daß die Ratschläge der Schulärzte von vielen Eltern nicht befolgt werden. Man wisse auch noch nicht, in welcher Weise man die Schulärzte anstellen solle. Bisher sei die Anstellung verschiedener Aerzte im Nebenamt verlangt worden. Der heutige Antrag verlange die Anstellung eines vollbeschäftigten Arztes. Man müsse daraus, daß die Sache noch nicht genügend geklärt sei. Auch Mannheim sei angefangen die praktischen Schwierigkeiten noch zu keinem Entschluß gekommen, obwohl die Mittel bereits bewilligt seien. Man müsse in dieser Sache vorsichtig zu Werke gehen. Sie sei hier auch nicht so sehr dringend.

Stadtrat Dr. Weill erklärt, es könne von einer Uebereilung in dieser Frage nicht mehr die Rede sein. Man wolle jetzt Laten sehen. Seines Erachtens müsse ein Arzt als Gemeindebeamter angestellt werden. Es gebe genug für ihn zu tun. Er müsse dem Lehrer beratend zur Seite stehen, wenn nötig, auch ihm entgegenzutreten. Redner rügt sodann die banlichen Verhältnisse in der Seminarvorschule, die er als einen Seuchenherd bezeichnen müsse. So gut man in Stuttgart dazu geschritten sei, einen Schularzt anzustellen, könne man sich auch in Karlsruhe dazu entschließen.

Oberbürgermeister Schnebler bezweifelt nicht, daß es Arbeit genug für einen Schularzt gebe, und je nachdem man die Aufgabe stelle, auch genug für zwanzig und dreißig. Mit der Anstellung eines Arztes unter Beschränkung seiner Aufgaben in der Weise, wie Herr Dr. Weill dies vorgezeichnet habe, könne er sich einverstanden erklären. Von anderer Seite werde aber viel mehr verlangt, z. B., daß alle Kinder in kürzeren Perioden untersucht, daß den Eltern mitgeteilt würde, falls die Kinder krank seien, daß ihnen Ratschläge hinsichtlich der Behandlung erteilt würden. Könne ein Arzt diese Aufgaben erfüllen, wenn es sich um Laufende von Schulkindern handle? Dann sei es bei solchen Verfahren auch nicht zu vermeiden, daß der Schul-

arzt mit dem Hausarzt in Konflikt komme. Es würde ein Krieg der Hausärzte gegen den Schularzt herausgeschworen werden. Sollte man dem Schularzt gestatten, Privatpraxis auszuüben? Wenn nicht, so werde ihm der Vorwurf gemacht, er stehe der Praxis fremd, nach der Natur der Sache werde er dann auch tatsächlich in seinem ärztlichen Wissen und Können zurückkommen; andernfalls werde er als Eindringling in die Privatpraxis der Ärzte angesehen.

Kedner befürwortet den Antrag, soweit es sich darum handle, einen sachverständigen Berater der Schulkommission und der Lehrer zu gewinnen. Darüber hinaus sei die Sache bedenklich, man müsse zum Mindesten die Erfahrungen anderer Städte abwarten. Es würden solche Dinge in der Regel von bestimmten Vereinen aus betrieben und sie grassierten dann als eine Modekrankheit.

Eine weitere Schwierigkeit bestehe darin, daß wohl kein einzelner Arzt ein zuverlässiges Urteil über sämtliche Arten von Krankheiten abgeben könne, daß man also wohl noch eine Menge Spezialisten brauchen würde; dazu aber seien die Mittel nicht ausreichend. Man solle also vorsichtig vorgehen.

Stadtv. Dr. Claus: Der Schularzt wird mit den Privatärzten nicht in Konflikt kommen, da er keine Privatpraxis ausüben dürfe; es sei aber auch nicht zu befürchten, daß er dann die Fühlung mit der ärztlichen Praxis verliere. Natürlich müsse er eine umfassende Vorbildung und genügende Erfahrung haben. Der Schularzt könne, auch ohne Spezialist zu sein, die Notwendigkeit spezialärztlicher Behandlung erkennen. Man solle nicht mehr länger in dieser Sache zuwarten. Er bitte über den Antrag 4 abzustimmen.

Oberbürgermeister Schnezler weist darauf hin, daß nach der Geschäftsordnung zunächst eine Beschlusfassung des Stadtrats zu erfolgen habe. Genüge diese nicht, so könnten die Antragsteller die Anhörung des Bürgerausschusses verlangen.

Zur Sache bemerkt Kedner weiterhin, daß es schwer fallen werde, ohne sehr hohen Aufwand einen Arzt ersten Ranges als Schularzt zu gewinnen, da für eine tüchtige Kraft die Privatpraxis verheißungsvoller sei.

Stadtv. Stehlin erklärt, er müsse sich dagegen verwahren, als hätten die Lehrer gegen die Anstellung eines Schularztes etwas einzuwenden. Im übrigen warne er vor einem allzugroßen Optimismus. Wenn die Stadt bezw. Schulverwaltung ihre Aufgabe auf hygienischem Gebiete überall fortgesetzt erfülle, so könne auch ohne Anstellung eines Schularztes vieles geleistet werden. Was die Seminarschule betreffe, so kämen Erkrankungen in allen Schulen vor und nehme erstere keine Sonderstellung nach dieser Richtung hin ein.

Stadtv. Otto Müller erklärt, er habe der Schulartzfrage besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Er könne sich nur den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters und des Herrn Stadtrats Weill anschließen.

Stadtrat Dr. Weill ist auch seinerseits mit der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters einverstanden. Er wünsche, daß man nun einmal zu einem Entschluß komme. Ueber das Seminar habe er nur deshalb einen Vorwurf erhoben, weil er die Unzulänglichkeit der baulichen Verhältnisse aus eigener Wahrnehmung kenne. Er würde sich freuen, wenn diese Erörterungen dazu beitragen, Abhilfe zu schaffen.

Stadtv. Dr. Claus weist auf die Stadt Frankfurt a. M. hin, wo man 10000 M für die Anstellung eines Schularztes ausgeworfen habe. Für diesen Gehalt werde man Ärzte ersten Ranges bekommen; als leitender Arzt des Gemeinwesens nehme der Schularzt eine Ehrenstellung ein. In Karlsruhe werde man für 8000 M eine bedeutende Kraft gewinnen können.

Bürgermeister Siegrist erklärt nochmals, um Mißverständnissen vorzubeugen, daß er kein prinzipieller Gegner der Schularzterei sei. Er habe lediglich auf die vielerlei praktischen Schwierigkeiten hingewiesen, welche der Ausführung im Wege stehen. Auch Stuttgart habe vorerst nur eine Probeuntersuchung der Schulkinder veranlaßt, noch keine definitive Einrichtung getroffen. Bemerken wolle er nur noch, daß es für den Schularzt unmöglich sei, bei der Besichtigung der Schulen ansteckende Krankheiten, so lange sie noch im Keimen begriffen sind, zu konstatieren. Sobald sie aber vorgeschritten seien, werde das Schulkind schon von selbst aus der Schule bleiben. Auch habe er Vertrauen zu den Lehrern, daß sie augenfällige Krankheiten selbst bemerken und das Nötige veranlassen würden. Was die gerügten Mißstände in der Seminarschule betrafen, so sei die Gemeinde hierfür nicht verantwortlich, sondern der Staat.

Sitzung vom 23. März.

Zum Voranschlag für die Kasse der kaufmännischen Fortbildungsschule bittet Stadtv. Schwerdt um Aufhebung des Schulgeldes für diese Schule.

Oberbürgermeister Schnezler weist darauf hin, daß hierzu eine Abänderung des Ortsstatuts über das Schulwesen erforderlich sei. Er bitte, derartige Anträge jeweils vorher schriftlich einzureichen, damit der Stadtrat Gelegenheit habe, sie zu prüfen und einen Antwort darauf zu erteilen.

Bei Ziff. 4: „Realschulkasse“ regt Stadtv. Rudi die Einführung eines einheitlichen Schulschlusses für sämtliche Schulen und zwar auf 12 Uhr statt 1 Uhr an.

Bürgermeister Siegrist legt die derzeitigen Verhältnisse hinsichtlich des Beginns und Schlusses des Unterrichts an den Volksschulen und Mittelschulen dar. Es sei gelungen für beide Schulen je ein einheitliches System durchzuführen. In den Volksschulen werde um 12 Uhr, in den Mittelschulen um 1 Uhr geschlossen. Die Frage des Schulschlusses in den Mittelschulen hänge mit der Frage des Vormittags- und Nachmittagsunterrichts zusammen. Wenn sämtliche Unterrichtsstunden auf Vormittag verlegt werden, könne nicht vor 1 Uhr geschlossen werden. Die Wünsche der Eltern hinsichtlich des Schulschlusses seien verschieden. Er glaube, daß die derzeitige Regelung den Bedürfnissen Rechnung trage.

Stadtv. Wohlgenuth fragt an, ob für den kaufmännischen Fachkursus an der Oberrealschule neben der kaufmännischen Fortbildungsschule noch ein Bedürfnis vorhanden sei.

Bürgermeister Siegrist bejaht die Frage unter Hinweis auf die verschiedenen Zwecke, die beide Kurse verfolgen. Der kaufmännische Fachkursus an der Oberrealschule sei nicht mehr so frequent wie früher, man wende ihm aber fortgesetzt die volle Aufmerksamkeit zu.

Stadtv. Merkle tritt für den Schulschluss um 12 Uhr ein.

Stadtv. Bergmann empfiehlt die kaufmännische Fachklasse an der Oberrealschule der besonderen Berücksichtigung des Stadtrats und bittet um Beschleunigung der geplanten Errichtung einer neuen Mittelschule.

Stadtv. Ulrich fragt an, weshalb die Direktoren der Mittelschulen neben ihrer Dienstwohnung noch Wohnungsgeld erhalten.

Bürgermeister Siegrist: Die Direktoren der Mittelschulen haben einen Teil des Wohnungsgeldes als Miete an die Stadt zu bezahlen. Man habe es für billig gehalten, ihnen den Ueberschuss des Wohnungsgeldes über den veranschlagten Mietzins als Gehaltszuschlag zu belassen.

Stadtv. Heimbürger befürwortet die Beibehaltung des ausschließlichen Vormittagsunterrichts aus hygienischen und pädagogischen Gründen.

Oberbürgermeister Schnezler schließt sich dem an und teilt mit, daß man i. Zt. eine Abstimmung unter den Eltern darüber veranlaßt habe, ob der Nachmittagsunterricht gewünscht werde. Die überwiegende Mehrzahl habe sich für den Vormittagsunterricht bis 1 Uhr und den Wegfall des Nachmittagsunterrichts ausgesprochen.

Ziff. 9. Stadt. Betriebskrankenkasse.

Stadtv. Dr. Claus hält den im Voranschlag für Unterstützung an Wöchnerinnen vorgesehenen Betrag für auffallend gering.

Bürgermeister Siegrist weist darauf hin, daß ein größerer Betrag nicht erforderlich sei, da die Stadt nur wenige Arbeiterinnen beschäftige.

Ziff. 10. Krankenkasse.

Stadtv. Willi bittet um Abschaffung der Desinfektionsstaxen, deren Bezahlung den davon Betroffenen in der Regel sehr schwer falle.

Die Bezahlung der Krankenträger und Heilgehilfen sei zu gering, daher käme der häufige Wechsel dieser Personen.

Bürgermeister Siegrist teilt mit, daß die Taxordnung für Desinfektionen einen Taxnachschuß für den Fall der Bedürftigkeit vorsehe. Ob ein solcher Fall vorliege, werde geprüft, ohne daß der Betreffende darum nachhaken müsse. Die Taxe ganz aufzuheben, sei nicht angängig.

Was die Krankenträger betreffe, so sei es schwierig, bleibendes Personal zu bekommen. Die Bezahlung sei eine durchaus angemessene. Der häufige Wechsel rühre daher, daß die Wärter im Krankenhaus wohnen und unverheiratet sein müssen und sich jeweils, wenn sie heiraten wollten, wieder nach einer anderweitigen Beschäftigung umsehen würden.

Stadtv. Dr. Claus fragt an, warum die Oberin und die Schwestern nicht unmittelbar von der Stadt bezahlt würden, sondern durch den Frauenverein. Sodann bittet Kedner um Auskunft über den Stand des Krankenhausprozesses.

Bürgermeister Siegrist: Die Oberin und die Schwestern stehen im Dienst des Bad. Frauenvereins; dieser ist der Stadtgemeinde gegenüber vertraglich verpflichtet, ihr deren Dienste zur Verfügung zu stellen.

Der Krankenhausprozeß sei noch nicht beendet. Es sei demnächst Termin vor dem Landgericht anberaumt und sei es deshalb jetzt nicht angängig, in eine öffentliche Erörterung dieses Gegenstandes ein-

zutreten. Der Bau werde festgesetzt, soweit es sich nicht um die von dem Prozeß betroffenen Gebäulichkeiten handle; aber auch diese hoffe man in Bälde weiter führen zu können.

Stadtv. Ulrich ist der Meinung, daß der Stadt durch die Verpflegung der Dirnen im Krankenhaus kein Defizit erwachsen dürfe.

Bürgermeister Siegrist teilt die Ansicht des Vorredners und erklärt, daß man neuerdings wieder eine Erhöhung der von den Dirnen zu leistenden Beiträgen entsprechend dem verursachten Mehraufwand beantragt habe.

Stadtv. Willi gibt sich mit den Erklärungen des Bürgermeisters Siegrist hinsichtlich der Desinfektionsstaxen und der Bezahlung der Krankenträger nicht zufrieden.

Zu Ziff. 11: Friedhofkasse beantragt

Stadtv. Willi neuerdings wieder die Einführung der unentgeltlichen Beerdigung, eine Frage, der man endlich näher treten solle.

Sodann beschwert sich Kedner über das Verhalten des Leichenschauers.

Bürgermeister Krämer weist darauf hin, daß die Beerdigungstaxe der 3. Begräbnisklasse bei Weitem nicht die Selbstkosten der Stadt decke. Klagen über den Leichenschauer seien ihm bisher niemals zu Ohren gekommen.

Stadtv. Hartmann will einen solchen Fall zur Sprache bringen, wird aber vom

Oberbürgermeister Schnezler an das Großh. Bezirksamt verwiesen, welchem die Leichenschauer unterstellt seien.

Bei Ziff. 12: Stadtgartenkasse bittet

Stadtv. Hartmann um Wiederherabsetzung des Eintrittsgeldes für den Stadtgarten und um Ermäßigung der Miete für den Festhallensaal.

Oberbürgermeister Schnezler verweist hinsichtlich des Eintrittsgeldes auf seine gestrigen Ausführungen. Die für die Benützung des Festhallsaals verlangte Miete decke lange nicht die Selbstkosten der Stadt. Auch im Vergleich zu anderen Städten sei die Festhallenmiete hier sehr billig. Es ständen sich hier prinzipielle Fragen gegenüber. Wenn es nach den Wünschen der Herren Willi und Genossen ginge, so müsse die Stadtgemeinde für die unteren Klassen schließlich alles umsonst leisten. Das könne man erst dann, wenn mal einmal in den sozialistischen Zukunftsstaat hineingekommen sei. Den Bestrebungen der Arbeiter, ihre Lohnverhältnisse zu bessern, stehe er durchaus sympatisch gegenüber; die Sozialdemokraten wollten aber die Arbeiter zu Staats- und Gemeindepensionären machen und das halte er für ganz verkehrt. Der Mensch müsse für sich selbst sorgen und für sich selbst verantwortlich sein, sonst müsse seine moralische Kraft und seine Leistungsfähigkeit notwendig erschaffen. Der Grundsatz: „selbst ist der Mann“ muß aufrecht erhalten bleiben.

Stadtv. Fröhlich bringt einige Beschwerden und Wünsche mit Bezug auf den Stadtgarten und die Festhalle zur Sprache. (Einführung eines auch für Konzerne gültigen Generalabonnements, Fürsorge, daß die Militärkapellen nicht nur mit einem Teil ihrer Mannschaft spielen. Wiederherabsetzung der Eintrittspreise, Bekannntgabe der Bedingungen für Vermietung der Festhalle.) Im übrigen sei der Stadtgarten nach wie vor der Glanzpunkt der Stadt und sei man der Verwaltung des Stadtgartens insbesondere dem Stadtgarteninspektor Ries die größte Anerkennung für ihre Tätigkeit schuldig.

Oberbürgermeister Schnezler spricht über die dem städt. Garteninspektor gezollte Anerkennung seine Freunde aus und sagt die Prüfung der vorgebrachten Wünsche und Beschwerden zu.

Stadtv. Kolb wünscht die Einrichtung von Konzerten im Stadtgarten an den Sonntag-Vormittagen. Die Festhalle würde viel stärker benützt werden, wenn die Mietpreise nicht so hoch wären; alle Vereine würden über die Höhe des Mietpreises klagen.

Auch er sei der Meinung, daß sich hier prinzipielle Fragen einander gegenüberstehen. Der Grundsatz „selbst ist der Mann“, sei in der Theorie sehr schön, in Wirklichkeit aber falle es dem kleinen Mann sehr schwer, auch solche geringen Beträge aufzubringen. Es sei eine soziale Rücksichtigkeit, wenn man der großen Masse der Bevölkerung verwehre, an den Annehmlichkeiten des Lebens teilzunehmen, welche die Wohlhabenden genießen. Die Kosten müßten nach Maßgabe des Einkommens bestritten werden.

Stadtv. Glaser gibt Auskunft über die von Stadtv. Fröhlich vorgebrachte Beschwerde über eine mangelhafte Besetzung der Militärkapellen bei den Festhallkonzerten. Es werde strenge Kontrolle geübt, daß die Kapellen voll besetzt seien. In dem von Stadtv. Fröhlich gerügten Falle habe es sich um ein Giskonzert gehandelt.

Oberbürgermeister Schnezler weist gegenüber den Ausführungen des Stadtv. Kolb nochmals darauf hin, daß die Mietpreise für die Festhalle sowohl im Vergleich zu anderen Städten wie auch im Verhält-

nis zu den Selbstkosten hier sehr niedrig seien. Man müsse auch Geld einnehmen, wenn man immer wieder Geld ausgeben solle.

Stadtv. Maurer fragt an, in welcher Weise die einzelnen Konzerte in der städt. Festhalle an die verschiedenen Kapellen vergeben würde; es sei ihm aufgefallen, daß die beliebteste und zugleich stärkste derselben — die Grenadierkapelle — in letzter Zeit zu wenig spiele. Ferner wünscht er, daß im Sommer die Driller im Stadtpark des Nachts als Ausgänge für späte Gäste offen gehalten und nicht abgeschlossen werden möchten.

Stadtrat Glaser erwidert, die Grenadierkapelle werde schon jetzt in erster Reihe berücksichtigt; sie mache aber des öfteren Konzerteisen, die sie von hier fernhielten.

Oberbürgermeister Schnezler erklärt, die Schließung der Driller sei im Hinblick auf die vielen gerade zur Nachtzeit verübten Sachbeschädigungen im Stadtpark angeordnet worden, es sollte dadurch die Kontrolle über die späten Besucher desselben erleichtert werden. Uebrigens werde die Stadtparkkommission die Angelegenheit nochmals prüfen.

Stadtv. Merkle wünscht, daß der Stadtparkausgang an der Ettlingerstraße zugleich auch als Eingang wenigstens für Abonnenten benützt werden könnte.

Oberbürgermeister Schnezler entgegnet, daß dann eine ständige Aufsichtsperson daselbst postiert werden müßte. Die hierdurch erwachsende Ausgabe würde aber in keinem Verhältnis stehen zu dem geringen Vorteil jener Maßnahme. Die Bewohner der benachbarten Häuser hätten so wie so schon nur einen kurzen Weg zum Stadtpark, so daß sie den kleinen und überdies schönen Umweg nicht zu scheuen brauchten. Sobald der Bahnhof hinter den Lautenberg verlegt sei, werde auch daselbst ein weiterer Eingang geschaffen werden.

Stadtv. Peter regte an, die Eisbahn auf dem Stadtparksee des Nachts durch Bogenlampen zu beleuchten.

Oberbürgermeister Schnezler: Die Stadtparkkommission wird diese Anregung in Erwägung ziehen.

13. Badanstalten-Kasse.

Stadtv. B. Goldsch mit referiert über diesen Voranschlag und betont dabei die günstige Entwicklung des städt. Bierordnbades.

Nach kurzen Bemerkungen des Stadtv. Dr. Claus, des Stadtrats Käpple und Oberbürgermeister Schnezler wird auch dieser Voranschlag einstimmig genehmigt.

14. Rheinbahnkasse.

Der Referent, Stadtv. Weeber, empfiehlt die Annahme des Voranschlags und spricht dabei die Hoffnung aus, daß die Rentabilität der Rheinbahn von 1903 an wieder steigen werde.

Stadtv. Wohlgemuth bittet um Verbesserung der derzeitigen, nicht genügenden Beleuchtung des Eisenbahnübergangs am Mühlburgertor.

Der Vorsitzende ersucht den Referenten des Stadtrats, Stadtrat Homburger, den bemängelten Zustand in Augenschein zu nehmen.

Stadtv. B. Goldsch mit fragt an, wie weit die Frage der Eingemeindung von Beiertheim und Rintheim gediehen sei.

Der Vorsitzende (Oberbürgermeister Schnezler) erwidert, die Staatsbehörde habe die Eingemeindung von Beiertheim für den Fall zugesagt, daß der Bahnhof verlegt werde, da sonst die Verlegung nicht Karlsruhe, das alle deren Nachteile in Kauf nehmen müsse, sondern zu großem Teil Beiertheim zu gut käme. Die Angelegenheit werde, da eine gütliche Einigung mit dieser Gemeinde nicht zu erhoffen sei, lediglich durch Gesetz geregelt werden können. Der Entwurf für ein solches sei bereits ausgearbeitet und werde der Regierung demnächst vorgelegt werden.

Rintheim dagegen, das beträchtliche Umlagen erhebe, sei geneigt sich einverleiben zu lassen. Doch wolle die Gemeinde die bestehende Gabelberechtigung ihren Bürgern begreiflicher Weise erhalten. Die von dem Stadtrat vorgeschlagene Ablösung dieser Berechtigung durch Kapitalisierung ihres Werts habe Rintheim abgelehnt. Der Stadtrat habe sich daher bereit erklärt, den Bürgerverband jener Gemeinde weiter zu führen, und an die Großh. Zivilliste das Ersuchen gerichtet, den Bezugsberechtigten das Gabelholz auch nach der Einverleibung Rintheims in der gleichen Weise weiter zu gewähren wie bisher. Die Großh. Zivilliste sei aber eigentümlicherweise hierauf nicht eingegangen, habe sich vielmehr nur dazu verstehen wollen, das Gabelholz bis zum Wegfall der derzeitigen Bürger von Rintheim fortzugewähren. Dem Großh. Bezirksamt sei es nun gelungen, den beteiligten Gemeinderat zu bestimmen, daß er damit zufrieden ist, wenn die Gabelberechtigung bis zum Wegfall aller jener Personen bestehen bleibt, die entweder bereits Bürger sind oder aber zurzeit Anwartschaft darauf haben, es einstens zu werden. Ob freilich der Bürgerausschuß von Rintheim hierauf eingehe, sei zweifelhaft.

Wenn nicht, so müsse eben diese Sache im Wege des Rechtsstreites entschieden werden.

15. Schlacht- und Viehhofkasse.

Der Referent, Stadtv. Bergmann, empfiehlt diesen Vorschlag zur Annahme und regt dabei die Anschaffung besonderer Darmspülapparate an.

Schlachthofdirektor Bayerndörfer erklärt, daß diese Verbesserung wie auch die Vergrößerung der derzeitigen Kalbaunenwäsche in dem Programm für die bevorstehende Erweiterung des Schlachthofes bereits vorgesehen sei.

Stadtrat Käpple betont, daß die Reinigung der Därme auch bisher schon in tabelloser Weise vorgenommen worden sei. Die Wurfiler hätten hieran das größte Interesse, da bei der geringsten Unreinlichkeit in der Behandlung der Därme die Wurfwaren dem raschen Verderben preisgegeben seien.

Stadtv. Zinzer wünscht, daß für das Schlachthaus eine eigene Dampfeselanlage errichtet werde. Betriebsdirektor Held entgegnet, eine solche Anlage sei in dem Projekt für die künftige Erweiterung des Schlachthofes bereits in Aussicht genommen.

Stadtv. Ulrich bittet, man möge von einer weiteren Erhöhung der im Schlachthof zur Erhebung kommenden Gebühren absehen.

Oberbürgermeister Schnezler: Eine derartige Maßnahme ist zurzeit nicht ins Auge gefaßt.

16. Gegen den Voranschlag der Spar- und Pfandleihkassen (Referent Stadtv. Moninger) erheben sich keine Bedenken.

17. Gaswerkskasse (Referent Stadtv. Schwind).

Stadtv. Held ist der Ansicht, daß das Gaswerk die Privatinstallateure nicht durch einen eigenen Ladenbetrieb und durch Vermietung von Beleuchtungs- und Kochapparaten schädigen sollte.

Oberbürgermeister Schnezler führt aus, daß die Stadt mit der Einrichtung des Ladens nicht beabsichtigt habe, den Privatgeschäften Konkurrenz zu machen. Der Laden sollte ein Musterlager sein; es werde darin auch der Verkauf von Waren privater Geschäftsleute vermittelt. Der Laden bringe überdies der Stadt keinen Gewinn, sondern Verlust. Die Installationsgeschäfte hätten es daher auch seinerzeit abgelehnt, den Laden selbst zu betreiben. Uebrigens werde der Stadtrat noch in diesem Jahre darüber Beschluß fassen, ob der Laden weiterhin bestehen soll oder nicht.

Mit der Vermietung der Gasapparate und Lampen habe der Stadtrat eine Steigerung des Gasversums bezweckt, die auch tatsächlich eingetreten sei. Durch diese Maßnahme erwachse den Geschäftsleuten kein Schaden. Die Apparate würden hauptsächlich von bedürftigen Leuten, welche die verhältnismäßig hohen Kosten der Anschaffung scheuten, oder von solchen, die mit häufigem Wohnungswechsel rechnen müßten, benützt. Alle diese würden durch eine Befestigung der getroffenen Einrichtung geschädigt werden.

Stadtv. Willi stimmt dem Vorsitzenden hinsichtlich der Verleihung der Gasapparate zu. Die Verwaltung des Gaswerks, das erhebliche Ueberschüsse abwerfe, verdiene alle Anerkennung. Nun möge man aber auch die Arbeitszeit verkürzen und die Löhne der städtischen Arbeiter heraufsetzen. Das vom Stadtrat erlassene Koalitionsverbot halte er für unzulässig. Die Hinterbliebenenversorgung der städt. Arbeiter stehe zwar unerreicht da; mit Arbeiterentlassungen gehe man dagegen zuweilen rigoros vor; so sei ein Beleuchtungsdiener entlassen worden, weil es sich herausstellte, daß er vor 16 Jahren wegen Diebstahls bestraft worden war.

Oberbürgermeister Schnezler ersucht den Vorredner, ihm den Namen des betreffenden Arbeiters zu nennen; ihm sei von diesem Fall nichts bekannt. Uebrigens müßte die Stadt darauf halten, daß ihre Beamten wie auch ihre Arbeiter, die eine beamtenähnliche Stellung einnehmen ehrenhafte Leute seien. Darum würden auch bei Neueinstellungen nur gut beleumundete Personen berücksichtigt. Bei der Uebernahme des Straßenbahnpersonals seien diejenigen, die mit erheblichen Strafen belastet waren, zwar nicht zur Entlassung, aber auch nicht zur Anstellung als ständige Bedienstete vorgesehen worden.

Was das angebliche Koalitionsverbot betreffe so halte es der Stadtrat im Gegenteil für wünschenswert, daß die städtischen Arbeiter sich zu Vereinen zusammenschließen, wie auch Beamtenvereine bestünden. Zwischen solchen Organisationen und der Gemeindebehörde soll ein Vertrauensverhältnis bestehen und der Stadtrat werde sie fördern, da es ihm dadurch leichter gemacht wird, die Wünsche der verschiedenen Beamten- und Arbeitergruppen kennen zu lernen und über sie mit den Beteiligten zu verhandeln. Der bereits bestehende Verein der Hafenarbeiter werde sogar aus städt. Mitteln unterstützt. Wenn dagegen städt. Arbeiter und Beamte sich als solche zu Organisationen irgend welcher politischen Parteien zusammenschließen wollten, so würde ihnen der Stadtrat das mit Recht unterzagen.

Von einem Wunsch der städtischen Arbeiter, sich dem Gewerkschaftskartell anzuschließen, ist dem Redner

nichts bekannt, im Gegenteil sei ihm gesagt worden, die Arbeiter wären der Meinung, daß sie dabei nur Opfer zu bringen hätten, ohne entsprechende Gegenleistung zu erhalten.

Stadtv. Moninger wünscht eine Verbesserung der Beleuchtung in der Karlstraße zwischen Analien- und Kriegstraße.

Der Vorsitzende erklärt, diese Anregung werde geprüft werden.

Stadtv. Belmann hält den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet für eine Aufbesserung der städt. Arbeiter, da dieselben zurzeit besser bezahlt seien, als in Privatbetrieben. Auch die Arbeitszeit im Gaswerk sei nicht übertrieben lang, wenn man die großen Zwischenpausen berücksichtige. Die städt. Arbeiter seien daher auch mit gutem Grund zufrieden mit ihrer Lage.

Stadtv. Willi will Niemanden gegen seinen Willen glücklich machen, hoch die städt. Arbeiter kämen zu ihm, da sie nicht zufrieden sind. Der Stadtrat habe ein indirektes Koalitionsverbot erlassen, die Arbeiter wolle keinen politischen Verein, sondern eine gewerkschaftliche Organisation gründen und dieses Recht dürfe man ihnen nicht versagen. Redner verteidigt sodann die Gewerkschaften und teilt mit, es seien ihm Klagen über mangelhafte Betriebsrichtungen in städt. Betrieben laut geworden, weshalb er anfrage, wer über diesen Zweig zu wachen habe.

Oberbürgermeister Schnezler erwidert, daß auch die städtischen Fabrikbetriebe der Fabrikinspektion unterstellt seien, daß es im übrigen aber auch Pflicht der städt. technischen Behörden sei, darüber zu wachen, daß die Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter und zur Verhütung von Unfällen den modernen Anforderungen entsprechen. Bei der ganz allgemeinen Behauptung, es sei hier etwas nicht in Ordnung wäre er — der Oberbürgermeister — nicht in der Lage, für Abhilfe zu sorgen. Redner weist sodann die Angriffe wegen angeblicher Nichtachtung der Koalitionsfreiheit zurück. Die städt. Arbeiter ständen in einer Art von Beamtenverhältnis, für sie sei es daher am zweckmäßigsten, sich in ähnlichen Organisationen, wie die städt. Beamten zu vereinigen. Redner ist der Meinung, daß der Unterschied zwischen Beamten und Arbeitern hinsichtlich der Anstellungsverhältnisse innerlich unbegründet sei und daß den Arbeitern in absehbarer Zeit die Rechte der Beamten in vollem Umfang verliehen werden müßten.

Stadtv. Kolb hält die Behauptung seines Kollegen Willi, daß ein Koalitionsverbot vorliege, aufrecht. Die Gewerkschaften seien wirtschaftliche Verbände, die kulturell und erzieherisch wirken, die badischen Eisenbahnbediensteten mit Beamteneigenschaft haben keinen Anstand seitens ihrer vorgesetzten Behörde gehabt, als sie sich den Gewerkschaften angeschlossen. Die städt. Arbeiterausschüsse hält Redner für zwecklos, weil die Mitglieder derselben infolge Befürchtung der erwachsenden Nachteile nicht den Mut befänden, Beschwerden vorzubringen.

Stadtv. Bod ist Freund einer Fürsorge für die wirtschaftlich schwachen Elemente, er warnt aber davor, in dieser Beziehung zu weit zu gehen. Christiana habe dies getan, indem es die Arbeiter am besten bezahlte, das Volksschulgeld aufhob, die Lehrmittel frei gab, unbemittelten Kindern Kleider und Essen stellte u. a. mehr. Bod habe als Mitbesitzer einer Fabrik 14% des Einkommens Kommunalsteuer zu zahlen, $\frac{1}{2}$ der Fabriken seien zu Grunde gegangen, die Banken, welche ihr Kapital in diesen Betrieben anlegten, liquidierten, die Arbeiter laufen nun beschäftigungslos umher und hätten die Nachteile von der für sie entwickelten Fürsorge.

Stadtrat Dr. Weill hält den vom Stadtv. Kolb gegen den Stadtrat erhobenen Vorwurf für unbegründet und kennzeichnet das Verhalten der Stadtv. Kolb und Willi gegen die nichtsozialdemokratischen Arbeiter. Auch zeige ein Blick in den „Volksfreund“, daß alle Arbeiter, die nicht sozialdemokratisch sind, heruntergerissen werden. Nicht die Stadtverwaltung, sondern die Sozialdemokratie lege der politischen Betätigung der Arbeiter Hindernisse in den Weg, dies zeige am besten der Terrorismus der Sozialdemokratie gegen alle nicht sozialdemokratischen Elemente. Die städtische Arbeiterkassen dürfe keine sozialdemokratische Organisation sein. Die Sozialdemokraten, welche wissen, daß für die städtischen Arbeiter gesorgt werde, wollen Unzufriedenheiten in die Arbeiterkassen hineintragen; die Behauptung Kolbs, die von der Sozialdemokratie geleiteten Gewerkschaften seien keine politischen Vereine, weise er als unrichtig zurück. Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Lätigkeit gehe die politische Agitation, dies beweise schon der Umstand, daß nur Führer der sozialdemokratischen Partei an der Spitze dieser Gewerkschaften stehen. Erst kürzlich sei einem Mitgliede des dem Gewerkschaftskartell angeschlossenen Buchdruckerfachvereins, der sich bei den hiesigen Gewerkschaften wählen auf die nichtsozialdemokratische Liste setzen ließ, der Ausschluß aus der Gewerkschaft angedroht worden falls er seine Kandidatur nicht zurückziehe. Redner betont sodann noch, daß der

städtische Arbeiterverein, bevor er noch recht ins Leben getreten sei, von der Sozialdemokratie und ihrer Presse angefeindet werde und daß sozialdemokratische Vereinigungen der städtischen Arbeiterschaft nicht geduldet werden dürfen.

Obmann Dr. Goldschmidt schließt sich dem Vordränger an und will nur aus der Mitte des Bürgerausschusses noch den Standpunkt der Mehrheit desselben zu der vorwärtigen Angelegenheit kundgeben. Die Haltung des Stadtrats sei einwurfsfrei, die in Frage kommenden Gewerkschaften treiben die Politik nicht nur, wie von seinem Vordränger behauptet wurde im Nebenamt sondern im Hauptamt. Der Unwille der Stadt. Kolb und Willi gegen den Rat des Stadtrats an die Arbeiter, sich zu einem Verein zusammenzuschließen, sei deshalb so groß, weil die Mehrzahl der städtischen Arbeiter keine Anhänger der Sozialdemokratie sind. Die Wähler der dritten Klasse seien eben nicht alle Hausagrarien. Redner kommt sodann im Anschluß hieran auf das Proportionalwahlrecht zu sprechen, das die Sozialdemokratie da, wo es ihr nicht passe, wie z. B. bei den Gewerbegerichtswahlen in Pforzheim, ablehne.

Stadt. Willi weist gegenüber der Behauptung des Stadtrats Dr. Weill darauf hin, daß von einem sozialdemokratischen Wahlvorschlag bei den Gewerbegerichtswahlen nicht die Rede sein könne, der Wahlvorschlag sei von den vereinigten Gewerkschaften ausgegangen.

Nach weiteren Erörterungen der Stadt. Willi und Kolb über das Proportionalwahlrecht im allgemeinen und eine Entgegnung des Obmanns Dr. Goldschmidt weist Oberbürgerm. Schuehler wiederholt darauf hin, daß der Stadtrat noch gar keinen Anlaß gehabt habe, den städtischen Arbeitern zu verbieten, dem Gewerkschaftsartikel sich anzuschließen, da ein dahin gehender Antrag noch nicht gestellt worden sei. Der Stadtrat sei in dieser Sache lediglich positiv vorgegangen, er habe den städt. Arbeitern empfohlen, sich in Vereinen zusammenzuschließen und habe ihnen versprochen, solche Vereine zu unterstützen. Durch dieses Verfahren, in welchem sich der Stadtrat nicht irren lassen könne, sei dem Interesse der städt. Arbeiter und der Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Arbeiterschaft und der Gemeindeverwaltung jedenfalls am besten gedient. Hierauf schließt der Vorsitzende die Debatte über den Vorschlag der Gaswerkstätte und gibt dem Stadt. Schwindt das Wort zur Berichterstattung über den Vorschlag der

Wasserwerkstätte,

welcher die Annahme befürwortet.

Stadt. Merkle wünscht eine Aenderung der Wassergelderhebung, die heute auf verschiedene Art im Wege der Taxation und der Feststellung der Abgabe durch Wassermeister stattfindet, und bei der die Berechnung zwischen 10 % und 50 % pro Kubikmeter schwankt. Diese Art der Erhebung habe eine Wasserverschwendung herbeigeführt, denn Karlsruhe brauche pro Kopf und Tag 130 Liter, während der Verbrauch in anderen Städten zwischen 60-100 Liter schwanke. Außerdem sei in der Wasserbezugsordnung nicht ausdrücklich festgelegt, wo Taxation und wo Feststellung durch Wassermeister zu erfolgen habe. Redner bemängelt ferner, daß der Preis für Wasserverbrauch der städtischen Anstalten zu niedrig berechnet sei, da nach seinen Ermittlungen etwa 1/3 des gesamten Wasserverbrauchs auf die Städte selbst entfalle und hierfür 80 000 M. statt 17 700 M. bezahlt werden sollte. Diese Differenz solle man dem Hausbesitzer zu gute kommen lassen.

Oberbürgermeister Schuehler weist auf seine vorjährigen Ausführungen in der fraglichen Angelegenheit hin. Die Erhebung der Wasserentgelt nur nach dem Konsum sei durchaus ungerade. In einem Billeniertel werde viel weniger Wasser verbraucht, als in einem mit Mietkasernen besetzten dichtbevölkerten Stadtteil von gleicher Einwohnerzahl, die Kosten der Stadt für die Wasserlieferung seien aber im ersten Falle wegen der für die gleiche Einwohnerzahl erforderlichen längeren Leitungen, zahlreicherer Hydranten usw. größer. Auch sozial sei es richtig, daß Leute mit teuren Wohnungen, d. h. also wohlhabende Leute mehr Wassergeld zahlen müssen als Bedürftige. Es könne nicht als ein Vorzug der Bemessung des Wassergeldes nach dem Verbrauch anerkannt werden, daß bei diesem System der Verbrauch sich mindere. Das würde in vielen Fällen nur auf Kosten der Reinlichkeit und Gesundheit geschehen. Namentlich den bedürftigen Familien, in deren Wohnungen die Reinigung der stammenden Böden den Parkettböden gegenüber viel mehr Wasser erfordere, wo auch die Wäsche im Hause besorgt werde, sei es sehr zu gönnen, daß sie nicht ängstlich am Wasser zu sparen bräuchten. Mit einem ganz gewaltigen Aufwand wäre es verknüpft, wenn das Wassergeld nach Maßgabe des Verbrauchs bei den Mietern statt bei den Hauseigentümern erhoben werden wollte. Dann müßten alle Mietwohnungen mit Wasser-

messern versehen und die Wasserleitungen in fast allen Häusern umgelegt werden. Nach der hiesigen Wasserbezugsordnung werde das Wasser für Wohnungen nach dem Mietwert und das für Gewerbebetriebe nach Wassermesser oder Schätzung berechnet. Diese Grundsätze seien schon seit 1862 in Geltung, sie seien sozial richtig und der Stadtrat werde daran festhalten. Im einzelnen sei die Wasserbezugsordnung der Revision bedürftig und eine solche sei auch in Arbeit.

Stadt. Merkle regt an, ob nicht das Wassergeld in progressiver Weise unter Berücksichtigung nicht nur des Verbrauchs, sondern auch des Einkommens der Konsumenten berechnet werden könne.

Oberbürgermeister Schuehler hält ein derartiges System für viel zu kompliziert.

Stadt. Ulrich hält es namentlich für unbillig, daß Leute, die während der Sommermonate auf längere Zeit von hier verreisen, das Wassergeld fortzahlen müssen, obgleich kein Wasser in den betr. Wohnungen gebraucht werde.

Der Oberbürgermeister ist der Meinung, daß solche Leute alle Ursache hätten, sich ihrer glücklichen Lebenslage, die ihnen längere Sommerreisen gestattet, trotz des Wassereinkaufes aufrichtig zu freuen.

Stadt. Kolb spricht sich für die Beibehaltung der gegenwärtigen Wassergeldberechnung aus. Die Hauseigentümer hätten die Last des Wassereinkaufes schon längst auf die Mieter gewälzt und jetzt wollten sie mit der Aenderung der Wasserbezugsordnung nur noch einen weiteren Vorteil für sich, zum Schaden der Mieter und der Stadt, erstreben.

Nach einer kurzen Gegenbemerkung des Stadt. Ulrich ist der Vorschlag des Wasserwerks erledigt und es wird auf Wunsch der Versammlung die Sitzung geschlossen und die Beratung der übrigen Vorschläge auf Donnerstag 3 Uhr vertagt.

Tagesanzeiger.

(Näheres wolle man aus den betr. Inseraten ersehen.)

Samstag, den 26. März:

Bärenzwinger. Stiftungsfest im Saal III der Brauerei Schrenk, abends 7/9 Uhr.

Bürgerverein Altstadt Karlsruhe. Generalversammlung im „Hotel Gruner Hof“, abends 7/9 Uhr.

Colosseum. Vorstellung, abends 8 Uhr.

Eintracht - Instrumentalverein. Musikalische Abendunterhaltung im großen Saale der Gesellschaft Eintracht, abends 8 Uhr.

Groß. Hoftheater. Der blinde Passagier. Anfang 7 Uhr, Ende 10/10 Uhr. Mittel-Preise.

Männerturnverein. Damen-Abteilung, Zentralturnhalle, abends 7/8-9 Uhr.

Männerturnverein. Generalversammlung im Wintergarten des „Hotel Tannhäuser“, abends pünktlich 9 Uhr.

Museums-Saal. IV. Vortrag von Herrn Dr. Johannes Müller über die Bergpredigt, abends 8 Uhr.

Sonntag, den 27. März:

Schwarzwaldberein. Ausflug: Wildbad - Zavelstein - Calw. Abfahrt hier 8¹² Uhr m.

Wetter am Donnerstag, den 24. März 1904.

Hamburg, Swinemünde, Breslau, Meß, Chemnitz und München trüb, Münster ziemlich heiter, Neufahrwasser heiter.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 25. März, 7 Uhr früh.

Triest bedeckt 10°, Nizza bedeckt 6°, Florenz Regen 9°, Rom bedeckt 12°.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 25. März 1904.

Der Luftdruck nimmt heute von einem Nordost-europa bedeckenden Maximum aus bis zu einer Depression ab, welche über Südfrankreich liegt; in Mitteleuropa wehen deshalb nordöstliche und östliche Winde und das Wetter ist bei veränderlicher Bewölkung kühl. Weiteres Anhalten des bestehenden Witterungscharakters ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen

der Meteorologischen Station Karlsruhe.

März	Barometer mm	Therm. in C.	Nebel.	Feucht. in Trop.	Wind	Himmel
24. Ab. 9 U.	748,7	4,7	4,8	74	ND.	bedeckt
25. Mor. 7 U.	749,5	2,9	4,9	85	"	"
25. Mitt. 2 U.	749,8	11,7	4,8	46	WB.	"

Höchste Temperatur am 24.: 8,0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 2,7. Niederschlagsmenge des 24.: 0,0 mm.

Wasserstand des Rheins am 25. März, früh:

Schutterinsel 175, gef. 2, Ach! 237, gef. 2, Magau 374, gef. 5 cm.

Fremde

übernachteten vom 24. bis 25. März.

Alte Post. Schlottmann, Kfm. v. Berlin. Märklin u. Kammerer, Kf. v. Freiburg. Biblingmaier, Kfm. v. Stuttgart. Braun, Kaufm. v. Offenburg. Gräß, Kfm. v. Ludwigsburg. Thoma, Kfm. v. Bruch. Pfirrmann, Kfm. v. Pirmasenz. Beck, Gerber v. Stengen. Friedrichmann, Zimmermstr. v. Greftern. Fischer, Zimmermstr. v. Konstanz. Belhäuser, Zimmermeister v. Gaisloch.

Brattwurfiglöckle. Ensten, Kaufm. v. Stuttgart. Hirsch, Kfm. v. Frankfurt. Pfengle, Priv. v. Kappel. Zimpfer, Gutsbesitzer v. Bühl. Winkler, Bauführer von Radolfzell. Pfirsich, Kaufm. v. Baden.

Erbrünn. Schmitz, Hauptm. a. D. m. Frau von Bestenholz. Brinzhis, Kfm. v. Annaberg. Well, Kfm. v. Berlin. Guden, Kfm. v. Feuerbach. Gysstein, Kfm. v. Wien. Holzmann, Hüttenwerkbef. m. Frau von Neustadt. Schwartzmann, Kaufm. v. Grefeld. Bischoff, Rittergutsbesitzer m. Frau v. Wiedebeck. Bischoff, Leutn. v. Mülhausen. Bauer, Priv. m. Fam. v. Philadelphia. Dyhoff, Assessor v. Donabrück. Seibold, Kfm. v. Mannheim. Maier, Kaufm. v. Göppingen. Gledner, Kfm. v. Mailand. Glaffen, Stud. v. Pforzheim. Graf von Verlichingen, Priv. v. Stuttgart. Schröder, Professor v. Heidelberg. Bauer, Kaufm. v. Paris. Dr. Vorkisch, Rechtsanwalt v. Bruch. Rosenthal, Kfm. v. Heilbronn. Frau v. Mabal, Priv. v. Herrenalb. Hammer, Fabr. v. Mannheim. Guggenheim, Kaufm. v. Kitz. Schmeller, Kfm. v. Offenburg. Dr. Friedrich, Arzt v. Pforzheim. Seemagen, Arzt v. Heidelberg. Zander, Ing. v. Straßburg. Stein, Ing. v. Horst. Siegel, Kfm. v. Wiesbaden.

Europäischer Hof. Friedmann u. Zippel, Kf. v. Mannheim. Ehrlich u. Horn, Kf. v. Frankfurt.

Friedrichshof. Benter, Kaufm. v. Ludwigsbafen. Bauer, Kaufm. v. Köln. Ben, Sekretär v. Oberndorf. Schray, Schlt u. Rossoyad, Kf. v. Dresden. Buchwald, Kaufm. v. Berlin. Camphausen, Priv. v. Heidelberg. Levi, Kaufm. v. Frankfurt. Goss, Priv. v. New-York. Frau Lauenstein, Priv. m. Tochter v. Hannover. Metzner, Kfm. v. Lübeck. Barmer, Kaufm. v. Duisburg. Gaus, Kaufm. v. Dillenburg. Wenzel, Kaufm. v. Münden. Koch, Kfm. v. Freiburg. Hartkopf, Kfm. v. Solingen.

Geist. Flatau, Kaufm. v. Köln. Zimmermann, Kfm. v. Mannheim. Dentgen, Kaufm. v. Freudenstadt. Langenberg, Kaufm. v. Berlin. Meister, Kfm. v. Lahr. Lang, Kfm. v. Mannheim. Frider, Kfm. v. Straßburg. Sell, Kfm. v. Leipzig. Binz, Kfm. v. Frankfurt. Kufmüller, Kfm. v. München. Gausen, Kfm. v. Schorn-dorf. Hochstätter, Kfm. v. Gerabronn. Weichold, Kfm. v. Mannheim. Wichtich, Kaufm. v. Düren. Häusler, Kfm. v. Ludwigsburg. Groll, Kfm. v. Dhruf. Better, Kaufm. v. Neuwied. Hühner, Kaufm. v. Freiburg. Kintel, Kfm. v. Gießen. Adolph, Kaufm. v. Biebrich. Abraham, Kaufm. v. Frankenthal. Löwenstein, Kfm. v. Stuttgart. Trutwin, Stud. v. Nürnberg. Hollenius, Kfm. v. Rachen. Eren, Kfm. v. Lahr. Gröger, Ing. v. Freiburg. Frau v. Dw, Priv. v. Stodach.

Goldener Adler. Herer, Kfm. v. Wien. Kirchner, Priv. v. Altschweier. Ribherr, Finanzassistent v. Freiburg. Kauf, Priv. v. Riezigen. S. Meier, Kfm., u. L. Meier, Priv. v. Buchau.

Goldener Karpfen. Sator, Kfm. v. Freiburg. Fr. Koch, Priv. v. Zwickbrüden. Porcis, Stud. v. Malmö. Fr. Worret Bwe., Priv. v. Worms. Frau Knapp, Priv. v. Steinwenden.

Goldene Traube. Lehmann, Kaufm. v. Bühl. Bechold, Kfm. v. Rierstein. Hed u. Weidert, Kauf. v. Nürnberg. Werner, Kfm. v. Straßburg. Fr. Kächel, Verkäuferin v. Hülben. Klein, Aktuar v. Radolfzell. Metzger, Kaufm. v. Giehersheim. Fütterer, Fabr. von Gaggenau.

Grüner Hof. Schneider, Stud. v. Davos. Frohmann u. Strauß, Kf. v. Frankfurt. Gaensch, Drucker, Rig u. Schulz, Kf., u. Dr. Brant, Oberstabsarzt von Straßburg. Bauer, Jeral, Hef. Klein m. Frau, Kauf., u. Fr. Wählstein, Priv. v. Stuttgart. v. Gutonreau, Offizier v. Saarbrücken. Zinzer, Dr. med. von Gießen. Nahtsheim, Ingen. u. Mayer, Kfm. v. Berlin. Schlei, Kfm. v. Zwickbrüden. Umberger, Kfm. v. Salzburg. Buchowicz u. Müller, Kf. v. Wien. Heißbrunn, Kfm. v. Hofgeismar. v. Monteton, Oberstleutn. m. Frau v. Erier. Grotzen, Kfm. v. Hamburg. Stabler, Kfm. v. Feib. Nybs, Kfm., u. Duhmig, Major von München. Bergmann, Kfm. v. Leipzig. Bant, Kfm. v. Theresienthal. Epiteler, Kfm. v. Wallbörn. Frau Engelmann, Priv. v. Limburg. Frau Prof. Klein v. Wiesbaden. Leßberger, Fabrikant v. Ganau. Knaebbe, Archt. von Konstanz. Dieck, Stud. v. Mannheim. Guttman, Kfm. v. Mainz. Fab, Kfm. v. Zürich.

Hotel Germania. Eoder, Arzt von Tauber-bischhofheim. Seitzmann, Priv. m. Frau v. London. Fr. Boulin, Konzertäng. v. Frankfurt. v. Beder, Stud. v. Goblentz. Frau Oberit v. Manega von Berlin. Nebe, Dr. med. v. Kiegnitz. Hlle, Dr. med. v. Freiburg. Marteau, Künstler v. Genf. Fischer, Kfm. m. Frau, v. Fr. Lehner, Priv. v. Nürnberg. Dunsmore, Arzt von Gteinburg. Klein, Baier m. Frau v. Stuttgart. Schneider, Kaufm. von Paris. Weller, Priv. m. Frau von Straßburg.

Hotel GroÙe. Frau Pittet, Priv. v. London. Dr. Leif, Prof. m. Frau v. Oefen. Schutt, Reg. Rat mit Frau, Mohr, Meyer, Bedeleit, Wudge, Ruf, Leichtlin, Hammel, Hoppe, Studgold u. Preiß, Kf. v. Berlin. Hoffmann, Rentner m. Frau v. Frankfurt. Zeyringer, Ing. v. Bordenberg. Dreher, Major v. Berlin. Donop, Major v. StraÙburg. Trotznach, Kaufm. v. Chemnitz. Schabert, cand. med. v. Heidelberg. Gaertel, Kaufm. v. Guben. Hartlopf, Kfm. v. Solingen. Meyer, Rose, Busch, Köster, Salin, Strauß, Landau, Nathan, Schiller u. Kahlo, Kf. v. Frankfurt. Weinert, Kfm. v. Erfurt. Mühlfelder, Kfm. v. Offenbach. Gillan, Kfm. v. Hannover. Müller, Kfm. v. Aachen. Nachmann, Kfm. v. München. Perron, Konzertfänger v. Frankfurt. Schmidt, Kfm. v. Altona. Blaut, Kfm. v. Krefeld. Hoppe, Kfm. v. London. Klinger, Kfm. v. Stuttgart. Palm, Kfm. v. Freiburg. Seeger, Kfm. v. Heidelberg. Bick, Kfm. v. Wien. Loffe, Kfm. v. Bremen. Jouny, Priv. von Bofson. Hoffmann, Ingen. v. Bielefeld. Frau Dr. Schwoerer, m. Fam. u. Frau Dr. Delemann m. Fam. v. Petersburg. Frau Professor Jolly m. Tochter von Fäbingen. Abicht, Kfm. v. Almenau. Hand, Kfm. v. Gaultschelheim. Hofmeister, Kaufm. v. Ludwigshafen. Wever, Kfm. v. Köln. Bernhard, Kfm. v. Nürnberg. Neumann, Kfm. v. Chemnitz. Koch, Kfm. v. Hanau. Heilmann, Kfm. v. Offenbach. Ehrhard, Major mit Frau v. Dietenhofen. Frau Gräfin v. Sponck von Freiburg. Frau Freitag, Priv. m. Fam. v. Heidelberg. Kuf, Kfm. v. Leplig. Rosenthal, Kfm. v. Wien.

Hotel Hohenzollern. Stürmlinger, Siegelbeis. v. Durmersheim.

Hotel Leicht. Scholten, Kaufm. von Freiburg. Förster, Kfm. v. Düsseldorf. Baum, Kfm. v. Eberfeld. Abel, Kfm. m. Frau u. Tochter v. Danzig. Wagemann, Kfm. v. Endingen. Dr. Letting v. Königsegg.

Hotel Lion. Rothschild, Kfm. v. Frankfurt. Strauß, Kfm. v. Offenbach. Rosenfeld, Kaufm. v. Stuttgart. Rothschild, Stud. v. Mchaffenburg. Glöckner, Kaufm. v. Berlin. Kahn, Kfm. v. Frankfurt. Levi, Kaufm. von München.

Hotel Luz. Kaufenberg, Kfm. v. Leipzig. Mayer, Kfm. v. Baldehut. Dießler, Heller u. Baumann, Kf. von Stuttgart. Bieri, Kaufm. v. Frankfurt. Runge, Kfm., u. Capper, Ing. v. Köln. Mayer, Kaufm. v. Landau. Aufhäuser, Kaufm. v. Dresden. Kaufmann, Kaufm. v. Bienne. Sippel, Kfm. v. Dieburg. Ungersfelder, Kfm. Leerstadt. Müller, Kfm. v. Neutlingen. Wormser, Kfm. v. Basel. Dietrich, Kfm. v. Konstanz. Fr. Furtwängler, Lehrerin v. Göttingen. Bernstein, Kaufm. v. Rottweil. Arnold, Kfm. v. Freiburg.

Hotel Monopol. Zinzer, Fabrikant v. Eberbach. Steiniger, Kfm. v. Leipzig. Dr. Uhlmann-Uhlmannsdorf, Archivar v. Chemnitz. Kall, Kaufm. v. St. Louis. Sennewald, Kaufm. v. Frankfurt. Viebing, Kaufm. von Straßburg. Blume, Kfm. v. Düsseldorf. Koning, Kfm. Leewarden. Kuhnersdorf, Kfm. v. Stettin.

Hotel Sonne. Hecht, Kaufm. v. Stuttgart. Fel. Goudine, Priv. v. St. Petersburg. Berger, Kaufm. v. Neunkirchen. Stoll, Kaufm. v. Frankfurt. Menzer, Kfm. v. Remscheid.

Gottesdienst. — 27. März.

Evangelische Stadt-Gemeinde.

Bei den Konfirmationen wird eine Kollekte erhoben zur Verbreitung der Bibel in unserer Gemeinde.

Stadtkirche.

1/2 9 Uhr Militärgottesdienst: Herr Stadtvikar Bauer. 10 Uhr Konfirmation mit Abendmahl: Herr Stadtpfarrer Mühlhäußer.

Kleine Kirche.

1/2 10 Uhr Konfirmation mit Abendmahl: Herr Militäroberpfarrer Schloemann. 6 Uhr: Herr Stadtvikar Steinmann.

Schloßkirche.

10 Uhr Konfirmation mit Abendmahl: Herr Hofprediger Fischer. 6 Uhr: Herr Hofdiakon Dr. Frommel.

Johanneskirche.

9 Uhr Konfirmation mit Abendmahl: Herr Stadtpfarrer Ziegler. Für den untern Raum der Kirche werden Karten ausgegeben. 6 Uhr: Herr Stadtvikar Dr. Ott.

Christuskirche.

10 Uhr: Herr Stadtvikar Dr. Ott. 1/2 12 Uhr Kindergottesdienst: Hr. Stadtpfr. Rohde. 2 Uhr Andachtstunde für Taubstumme: Herr Hauptlehrer Friß.

6 Uhr Abendmahl mit Vorbereitung: Herr Stadtpfarrer Rohde. Karl-Wilhelm-Schule. 1/2 10 Uhr: Herr Stadtvikar Steinmann. 1/2 12 Uhr Kindergottesdienst: Herr Stadtpfarrer Weidemeier.

Gartenstraße 22.

1/2 10 Uhr: Herr Stadtvikar John. 1/2 12 Uhr Kindergottesdienst: Hr. Stadtpfr. Rapp.

Ludwig Wilhelm-Krankenheim.

5 Uhr: Herr Hofprediger Fischer.

Diakonissenhauskirche.

Vormittags 10 Uhr: Herr Pfarrer Käß. Abends 1/2 8 Uhr: Liturg. Passionsfeier, welche in der stillen Woche jeden Abend um dieselbe Zeit gehalten wird.

Karl-Friedrich-Gedächtniskirche

(Stadtteil Mühlburg).

Vorm. 1/2 10 Uhr Gottesdienst: Hr. Dekan Ebert. Vorm. 1/2 11 Uhr Christenlehre: Herr Dekan Ebert.

Montag, den 28. März:

Abends 1/2 8 Uhr Gottesdienst: Herr Dekan Ebert. Dienstag, den 29. März. Abends 1/2 8 Uhr Gottesdienst: Herr Dekan Ebert.

Wochengottesdienste.

Karntag, den 28. März:

5 Uhr abends Kleine Kirche: Herr Stadtpfarrer Mühlhäußer. 6 Uhr abends Schloßkirche: Herr Hofdiakon Dr. Frommel. 8 Uhr abends Johanneskirche: Herr Stadtpfarrer D. Brückner. 8 Uhr abends Christuskirche: Herr Stadtpfarrer Rohde.

Kardienstag, den 29. März:

5 Uhr abends Kleine Kirche: Herr Stadtpfarrer Mühlhäußer. 6 Uhr abends Schloßkirche: Herr Hofdiakon Dr. Frommel. 8 Uhr abends Johanneskirche: Herr Stadtpfarrer Ziegler. 8 Uhr abends Christuskirche: Herr Stadtpfarrer Rohde.

Karntag, den 30. März:

5 Uhr abends Kleine Kirche: Herr Stadtpfarrer Rapp. 6 Uhr abends Schloßkirche: Herr Hofprediger Fischer. 8 Uhr abends Johanneskirche: Herr Stadtvikar John. 8 Uhr abends Christuskirche: Herr Stadtvikar Dr. Ott.

Evangelische Stadtmiffion.

Bereinshaus Mlerstraße 23. Sonntagsschule im Vereinshaus: Herr Stadtmiffionar Lieber.

11 1/4 Uhr Sonntagsschule in der Diakonissenhauskapelle: Herr Professor Koller.

3 Uhr Jungfrauenverein. 5 Uhr Abendgottesdienst: Herr Inspekt. Diemer. Dienstag abend 1/2 9 Uhr Männerbibelstunde Kreuzstraße 23.

Mittwoch abend 8 Uhr Bibelstunde im Vereinshaus: Herr Stadtmiffionar Lieber.

Christlicher Verein junger Männer, Kreuzstraße 23.

Bereinsräume (Lesezimmer, Bibliothek, Zeitschriften) jeden Abend von 8 Uhr an, jeden Sonntag von 2 Uhr an geöffnet.

Jeden Donnerstag abend 1/2 9 Uhr Bibelbesprechung. Jeden Donnerstag 3 Uhr christliche Bäckervereinigung.

Vereinshaus Herrenstraße 62.

1/2 12 Uhr Sonntagsschule. 3 Uhr Bibelstunde: Herr Inspekt. Böhmeler. 4 Uhr Jungfrauenverein. Jeden Dienstag abend 8 Uhr Bibelbesprechung im christl. Männer- und Jünglingsverein.

Evangelisch-lutherische Gemeinde, alte Friedhofskapelle, Waldhornstraße, vormittags 10 Uhr Konfirmation und Abendmahlsfeier: Herr Pfarrer Herrmann. Beichte 1/2 10 Uhr.

Apostolische Gemeinde, Gartenstraße 16b. Gottesdienst: Sonntag vormittag 1/2 9 Uhr. Sonntag nachmittag 4 Uhr. Mittwoch abend 1/2 9 Uhr.

Katholische Stadt-Gemeinde.

Hauptkirche St. Stephan. 5 Uhr hl. Messen. 1/2 6 Uhr 1. Predigt. 1/2 7 Uhr Singmesse m. Generalkommunion. 7 u. 1/2 8 Uhr hl. Messen. 1/2 9 Uhr Militärgottesdienst. 1/2 10 Uhr 2. Predigt und Hochamt. 1/2 12 Uhr Kindergottesdienst.

3 Uhr 3. Predigt mit kurzer Andacht. 7 Uhr 4. Predigt, Schlußfeier mit Segen.

Bernharduskirche.

5-1/2 8 Uhr hl. Messen und Spendung der hl. Kommunion.

1/2 9 Uhr hl. Messe (Kindergottesdienst). 1/2 10 Uhr Weihe der Palmen, Prozession, 1. Missionspredigt und Hochamt.

8 Uhr 2. Missionspredigt und Weihe der Kreuze, Rosenkränze und Medaillen.

7 Uhr Schlußpredigt, päpstlicher Segen, Weihe des Missionskreuzes, Te Deum.

Montag, den 28. März:

7 Uhr Seelenamt für alle verstorbenen Pfarrangehörigen mit Ansprache.

Liebrauenkirche.

5-8 Uhr hl. Messen.

7 Uhr Generalkommunion der Männer und Jünglinge.

1/2 9 Uhr Kindergottesdienst.

1/2 10 Uhr Palmweihe, 1. Missionspredigt und Hochamt.

1/2 12 Uhr hl. Messe. 3 Uhr 2. Missionspredigt. 7 Uhr feierlicher Schluß der hl. Mission mit Predigt, Weihe des Missionskreuzes, Te Deum.

Montag, den 28. März:

7 Uhr Seelenamt mit Ansprache.

St. Bonifatiuskirche (Goethestraße).

Von 5-7 Uhr hl. Messen und Beichtgelegenheit für Männer und Jünglinge.

7 Uhr Kommunion der Männer.

1/2 9 Uhr Kindergottesdienst.

1/2 10 Uhr Palmweihe und Prozession.

1/2 10 Uhr Predigt und Hochamt.

3 Uhr Predigt und Weihe des Missionskreuzes.

7 Uhr Schlußpredigt, päpstlicher Segen. Te Deum und sakramentaler Segen.

St. Vinzenzskapelle.

6 u. 7 Uhr hl. Messen mit Austeilung der hl. Kommunion.

8 Uhr Amt. (Palmweihe.)

Ludwig Wilhelm-Krankenheim.

11 Uhr hl. Messe.

St. Franziskushaus (Grenzstraße 7).

8 Uhr Amt.

St. Peter- und Paulskirche

(Stadtteil Mühlburg).

5-7 Uhr hl. Messen und Beichtgelegenheit für die Männer.

7 Uhr hl. Messe mit Generalkommunion der Männer und Ansprache.

1/2 10 Uhr Palmweihe und Prozession.

1/2 10 Uhr Missionspredigt und Hochamt.

1/2 3 Uhr Missionspredigt und Weihe des Missionskreuzes.

7 Uhr abends Schlußpredigt, päpstlicher Segen und Te Deum.

Montag, den 28. März:

7 Uhr Seelenamt für alle Abgestorbenen der Pfarrei mit Predigt. Hierauf Beichte der Hauskranken.

(Alt-)Katholische Stadt-Gemeinde.

Auferstehungskirche.

10 Uhr: Gottesdienst mit Spendung des hl. Abendmahls; Bußandacht 1/2 10 Uhr. (Beichtgelegenheit Samstag nachmittag 4 Uhr). Herr Stadtpfr. Bodenfein.

Zionskirche der Evang. Gemeinschaft (Beierheimer Allee 4). Vormittags 1/2 10 Uhr Predigt: Herr Pred. Grün. Vormittags 11 Uhr Sonntagsschule. Nachmittags 1/2 4 Uhr Predigt: Herr Pred. Deeg. Vom 28. März bis 1. April jeden Abend 1/2 9 Uhr: Passions-Gottesdienst.

Friedenskirche der Methodisten-Gemeinde (Karlstraße 49b). Vormittags 1/2 10 Uhr Predigt: Herr Prediger Burkhardt. Vormittags 1/2 11 Uhr Sonntagsschule. Nachmittags 5 Uhr Predigt. Montag abend 1/2 9 Uhr Gebetsstunde. Mittwoch abend 1/2 9 Uhr Bibelstunde.

English Church.

Services are held every Sunday at 9⁰⁰ in the Chapel of the L.W.Krankenheim, Kaiser-Allee 10.